Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Reinh. Drescher, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Pollender, Leipzig. — Verl. der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 287. **Halle, Mittwoch den 11. Dezember 1918.** **2. Jahrgang.**

Demokratie und Einheitsschule.

Von Ad. Thiele.

Auch das Schulwesen muß im Aufbau, in seiner inneren Gestaltung und in seiner äußeren Gliederung gründlicher Demokratisierung unterzogen werden. Als bei Ausgang des Mittelalters mit der alten Kloster- und Kirchenschule gebrochen wurde, die ihren Hauptzweck in der Einhämmerung blinder Kirchengläubigkeit erblickt hatte, als ein Amos Comenius mit seinem Orbis pictus dem Unterricht neue Bahnen wies, als dann in blendender Fülle im achtzehnten Jahrhundert die Basedow, Rousseau, Francke, Niemeyer, Oberlin, Pestalozzi, Salzmann u. a. der finsteren Starrheit des Schulwesens und Schullebens frische Beweglichkeit und freudiges Seelenatmen einzuflößen suchten, da schwebte ihnen als Ideal vor, freie, aufrechte Menschen zu erziehen. Und die Dinter, Diesterweg, Fröbel, Herbart, Dittes, Kehr und Schmidt bauten rüstig und erfolgreich bis in die zweite Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts am begonnenen Werke weiter. Ohne daß diese hervorragenden Pädagogen das Wort „Demokratisierung der Schule" ausdrücklich als ihr Programm bezeichneten, war ihre ganze Tätigkeit diesem Ziele gewidmet.

Da wälzte sich die preußische Reaktion wie ein zermalmender Mühlstein auch auf das Schulwesen. Dem dürftigen Experiment Falcks, durch konfessionslose Schulen den Einfluß der Kirche auf den Unterricht zu mindern, folgten erzreaktionäre Maßnahmen, eine schlimmer als die andere. Auf Bankette und Konferenzen wurde natürlich der „freie Geist" der Schule, die Unabhängigkeit der Lehrerschaft, das „herzliche Einvernehmen" zwischen Schulbehörden und ihren untergeordneten Organisationen in höchsten Chören gepriesen; aber die Lehrer wissen, wie die Zustände in Wirklichkeit sich gestaltet haben. Günstlingsherrschaft, Gewissenszwang, Liebedienerei, Muckerei und blöde Pedanterie üppig wucherten derart, daß die tüchtigsten Kräfte darunter erstickten. Die Typen in „Flachsmann als Erzieher" waren nicht Phantasiegebilde, sondern traurige Wirklichkeit. Ein schmachvolles Kapitel!

Der Lehrer ein Paria! Für immer wird das deutsche Volk dem deutschen Lehrerverein Dank wissen, daß er in schwierigster Zeit allen Anfechtungen standgehalten hat. Im großen und ganzen bewahrten sich die deutschen Volksschullehrer doch soviel gesunden Sinn, daß selbst die behördlich mit allen schäbigen Mitteln gehätschelte konservative Gegenorganisation gegen den Lehrerverein auf keinen grünen Zweig zu kommen vermochte.

Nun ist durch die Revolution auch für die freie Entfaltung der Schule das Tor aufgeschlossen worden. Die Hemmungen sind beiseite geschoben; die Schule kann werden, was sie sein soll: die Bildungsanstalt für tüchtige, aufrechte, vorurteilsfreie, kritisch denkende Menschen. Unser Erfurter Programm fordert in Punkt 7:

„Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und die Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden."

Das Erfurter Programm ist 1891 verfaßt und angenommen worden. Sollte das heute geschehen, so würden zwar unsere Schulziele unverändert beibehalten werden, aber einzelne Punkte würden schärfere Präzisierung erfahren. Unter allen Umständen müssen Schule und Lehrer frei bleiben von allen Einflüssen, die dem Schulzweck entgegenstehen. In grundsätzlicher Uebereinstimmung mit unserem Schulprogramm fordert auch der deutsche Lehrerverein:

„Einheitsschule vom Kindergarten bis zur Hochschule; und in ihr das unbeschränkte Recht jedes Kindes auf Bildung und Erziehung nach Maßgabe seiner Fähigkeiten und seines Bildungswillens, ohne Rücksicht auf Vermögen, Stand und Glauben der Eltern;

Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Unterrichtsmittel für alle und erhöhte Fürsorge durch freien Unterhalt und freie Kleidung für Unbemittelte;

Ausdehnung der Schulpflicht in der Volks- und Fortbildungsschule bis zum 18. Lebensjahre;

Beseitigung aller kirchlichen Aufsichtsrechte und jedes Glaubens- und Gewissenszwanges für Lehrer und Schüler; Abtrennung aller kirchlichen Dienstleistungen vom Lehramte;

Beaufsichtigung der Schularbeit durch Fachmänner, die selbst in dieser Arbeit gestanden haben."

Für die Lehrer fordert der deutsche Lehrerverein einheitliche Ordnung der Vorbildung und Besoldung des gesamten Lehrerstandes, volle staatsbürgerliche Freiheit, Sicherung der wissenschaftlichen Freiheit und die unterrichtliche Selbständigkeit, eine oberste Reichsbehörde für Schul- und Bildungswesen unter Mitwirkung der Lehrer, einheitliche Verwaltung und Unterhaltung aller öffentlichen Schulanstalten und verfassungsmäßige Sicherstellung dieser Forderungen.

Wie ein roter Faden zieht durch alle freiheitlichen Reformen auf dem Gebiete des Schulwesens das Bestreben, an Stelle der bisherigen Kasten- und Klassenschulen die Einheitsschule zu setzen, den Lehrer freizumachen von allen ungehörigen Bevormundungen, damit Erziehung und Unterrichtung lediglich pädagogischen Gesichtspunkten unterworfen sind, und Ausschaltung der Möglichkeit, daß unfähige Schüler mit Hilfe der Geburts- oder Geldsackvorrechte ihrer Väter zum Nachteile begabterer, aber armer Kinder den Fortschritt des Unterrichts hemmen. Freie Bahn dem Tüchtigen. Was im Munde Bethmanns hübsche Phrase war, soll in der demokratischen Schule Wirklichkeit sein.

Die Einheitsschule ist in der Demokratie eine Selbstverständlichkeit. Standesunterschiede schon unter den Schulkindern zu dulden, ist ein Verbrechen am Erziehungsziele. Wo die Einheitsschule bereits besteht, wie in süddeutschen Städten, hat sie sich aufs beste bewährt. Arbeitersöhne und Kinder der höchsten Beamten, der reichsten Kaufleute und Industriellen sitzen nebeneinander. Sie müssen miteinander wetteifern, und das bekommt ihnen gut. Dünkel und Hochmut, die in der Abgeschlossenheit der Standesschulen gefährlichen Nährboden fanden, gedeihen in der Einheitsschule schlecht.

Selbstverständlich müssen die Lehrbücher einer ganz gründlichen Prüfung unterzogen werden. Von den jetzt vorhandenen Lesebüchern, Leitfäden für den Geschichtsunterricht und sogar von den Geographiebüchern wird nur ein kleiner Teil unverändert beibehalten werden können. Die man namentlich in den letzten Jahrzehnten die Köpfe unserer Schulkinder durch monarchistische Schweifwedeleien und chauvinistische Aufblähungen verbildet hat, schreit zum Himmel. Daß an vielen, vielleicht den meisten höheren Schulen die Oberlehrer die lautesten Vertreter des Alldeutschtums gewesen sind, ist bekannt.

Neben der Einheitsschule als allgemeiner Volksschule wird dem Hilfsschulwesen liebevollste Aufmerksamkeit zu widmen sein. Kinder mit gebrechlichen Sinnesorganen oder geistigen Defekten bedürfen ganz besonderer Pflege und Hingabe. Da für Beköstigung, Kleidung und Lehrmittel die Gesamtheit sorgen und diese Unterstützung nicht als Gnadengabe gewährten wird, fällt das niederdrückende Moment weg, das bisher derartigen Zuwendungen anhaftete.

Die Kirche wird in Zukunft in keiner Weise mehr etwas in den Schulunterricht hineinzureden haben. Für immer wird die Zeit vorbei sein, in welcher dem Landlehrer der Ortspfarrer als lokaler Vorgesetzter auf dem Nacken saß. Nur in der Hand von Fachmännern wird die Schulaufsicht liegen.

So möge sich die deutsche Volksschule als Einheitsschule und mit allen Verzweigungen bis hinauf zur Hochschule in freier Entfaltung entwickeln als Pflanz- und Pflegestätte wahrer Kultur. Sie wird Männer und Frauen erziehen, die unverdorbene Gefühle mit festem Wissen und klarer Einsicht zu verbinden wissen, Menschen, die sich selbst und andere vorwärts bringen aus den blutdurchtränkten und schmerzdurchwühlten Niederungen der Gegenwart in die von heiterem Sonnenschein durchwebten und Lebensfreude atmenden Gefilde einer besseren Zukunft.

Der Truppeneinzug in Berlin.

Truppen aller deutschen Stämme sind gestern feierlich in Berlin eingezogen. In einer glänzenden Rede hat sie unser Ebert im Namen des jungen deutschen Volksstaates begrüßt und hat ihre Hilfe angerufen, um Deutschlands Einheit zu retten, um aus den Trümmern ein neues freies Deutschland aufzubauen. Und wer die Stimmung dieser Soldatenscharen mit ansah und mitempfand, der schöpfte wieder kühnen Mut: das waren nicht gebrochene Besiegte, die sich verzweifelt zurücksehnten, das waren aufrechte, stolze, selbstbewußte, tatbereite Männer, kraftvoll und kühn, bereit, dem Ruf des Volksbeauftragten zu entsprechen, das neue Deutschland zu zimmern mit der tätigen Kraft und dem unerschütterlichen Mut, den sie in 51 blutigen Monaten unerschütterlich bewährt haben. Dröhnend antwortete der Massengesang: „Dir niemals ausgesungenem Land, Dir weihen wir uns aufs neue."

Hunderttausende säumten die Straßen ein und begrüßten die Volkssoldaten in Waffen mit jubelndem Zuruf, mit dem hellen Freudengejauchze über die glückliche Heimkehr, die ehrenvoll ist, trotz des Landes schwerster Niederlage. Wo waren die 150 000 Spartakusleute, die nach dem Zeugnis der Roten Fahne Berlin am Sonntag bei der großen Spartakusdemonstration nicht gesehen hat? Während der ganzen Feier wagte sich ein einzigesmal der Ruf: „Hoch Liebknecht!" heraus. Es ist unglaublich, mit welcher Geschwindigkeit die Männer aus dem Felde ihn zum Schweigen brachten. Es wäre auch wunderbar, wenn es anders wäre. Hat doch das Berliner Spartakusorgan denen, die aus vierjährigem Grauen des Schlachtfeldes endlich heimgekehrt sind, kein anderes Begrüßungswort zu widmen, als die Artikelüberschrift: „Der Einmarsch der Gegenrevolution." Gegen die Frontsoldaten, Volk aus des Volkes tiefster Art stößt sie den Ruf aus: „Höchster Alarm! dringende Gefahr für die Revolution! Achtung! Arbeiter seid bereit!" Ginge es also nach den Wünschen von Spartakus, so würden sich die Arbeiter nicht zusammenscharen, um die heimkehrenden Brüder zu begrüßen, sondern um mit ihnen blutig zu ringen, um den Krieg von der Front als Bürgerkrieg in den Straßen Berlins fortzusetzen.

Nie ist frivoler gefrevelt worden als gegen diese heimkehrenden Truppen, die willig den Eid auf die Republik und die provisorische Regierung abgelegt haben, der ihr Herz auch ohne Eid gehörte, die jubelnd einstimmten in den Hochruf Eberts auf die junge deutsche Freiheit, auf die Zukunft des deutschen Volksstaats.

Jahre werden vergehen. Die Wunden des Krieges werden heilen. Die Not, die uns noch jahrelang bedrücken wird, wird sich lindern. Der verschleiernde Nebel der Zeit wird sich über die furchtbaren Kriegsjahre legen. Aber noch nach Jahrzehnten wird dem Spartakusbunde anhängen, daß er die Heimkehr der Frontkämpfer unter das Stichwort gebracht hat: „Der Einmarsch der Gegenrevolution."

Die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln.

Nach einer von wohlunterrichteter Seite stammenden Meldung der Deutschen Allgemeinen Zeitung stehen die alliierten Regierungen hinsichtlich der Versorgung Deutschlands auf dem Standpunkt, daß die Lieferung von Lebensmitteln zu erfolgen habe, jedoch nur in dem Maße, wie sie durch die tatsächliche Notlage bedingt erscheint. Eine deutsche Notlage bestehe in den großen und größten Städten, jedoch nicht auf dem flachen Lande. Die Verteilung der Lebensmittel müsse sich demnach nach diesen Gesichtspunkten vollziehen. Es sei bereits berechnet worden, daß im ganzen die Bevölkerung, die mit Lebensmitteln zu versorgen sei, auf 37 Millionen eingeschätzt werde. Ein entsprechender Vorschlag liege bei den zuständigen Stellen bereits vor, jedoch sei die Entscheidung noch nicht gefallen.

Maßnahmen gegen die Liebknechtgruppe.

Wie es heißt, sollen zwischen dem Rate der Volksbeauftragten und dem Berliner Vollzugsrate Verhandlungen begonnen haben wegen Ergreifung von Zwangsmaßnahmen gegen die Fortsetzung des Liebknechtkrakeels; geplant sei die unbedingte Entwaffnung aller nicht staatlichen Instanzen und aller Privatpersonen. Die Verhandlungen sind noch nicht zum Abschlusse gelangt, die Mehrheitssozialisten sollen ihr Verbleiben in der Regierung von dem Ausgange der Verhandlungen abhängig gemacht haben.

Wir haben es erst gestern in unserem Artikel: So kann es nicht weiter gehen! die Entwaffnung aller unberufenen Elemente als den nächsten Schritt zur Sicherung der Revolution bezeichnet und dazu bemerkt, daß zu diesem Schritte die volle Einmütigkeit zwischen Unabhängigen und unseren Genossen in der Regierung notwendig sei, im Falle der Ablehnung dieser Forderung aber unsere Genossen die Konsequenzen zu ziehen und aus der Regierung austreten und den Unabhängigen die Verantwortung überlassen müßten. Wenn jetzt die Instanzen in Berlin die bezüglichen Schritte beraten, ist das natürlich auf die Anregung unserer Genossen zurückzuführen. Jetzt gilt es, hart zu werden und mit eiserner Energie zu vertreten, was der Augenblick erfordert, um die Zukunft zu retten.

Ausschreitungen von Arbeiter- und Soldatenräten.

Dem Berliner Tageblatt wird geschrieben:

Mit einer Ermächtigung des Arbeiter- und Soldatenrates von Merseburg versehen, erschienen fünf Bewaffnete auf dem Gute Pleitenberg bei Milsmack. Sie erzwangen unter Androhung von Waffengewalt den Zutritt zu den Vorratsräumen und raubten alle Vorräte, obwohl von dem Gute 120 Personen versorgt werden. Mit dem vorgefundenen Wein wurde zunächst ein Zechgelage veranstaltet. Hierauf bemächtigten sich die Delegierten eines Wagens und zweier Pferde und fuhren mit den geraubten Waren davon. Aehnlich wurde auf zahlreichen Gütern in der Priegnitz gehaust. Es ist derselbe Arbeiter- und Soldatenrat, der mit Vorliebe zu Fahrten von Merseburg nach Mittenberge die Stellung eines Sonderzuges erzwingt und in das Kreisblatt einrücken ließ, die Berliner Anordnungen kümmerten ihn nicht, er setzte nach eigenem Gutdünken Beamte ein oder entfernte sie. Das gegenteilige Beispiel hat den Eberswalder Arbeiter- und Soldatenrat nicht ruhen lassen, der in Eberswalde eine Reihe von „Hausuchungen" veranstaltete, bei denen sich, zuerst bei der Fabrik Gebrüder Arndt. Die geraubten Waren blieben auch hier bei den „Delegierten".

Nette Zustände!

Delegiertenversammlung der A.- u. S.-Räte Deutschlands.

Den Arbeiter- und Soldatenräten der Republik schlagen wir als vorläufige Tagesordnung der Delegierten-Versammlung vom 16. Dezember folgende vor: 1. Bericht des Vollzugsrats. Berichterstatter: Richard Müller. Bericht der Volksbeauftragten: Berichterstatter wird noch bestellt. 2. Nationalversammlung oder Rätesystem. Referent: Cohen. Korreferat: Däumig. 3. Sozialisierung des Wirtschaftslebens. Referent: Hilferding. Korreferat: Wird noch bestellt. 4. Die Friedensregelung und deren Einfluß auf den Aufbau der deutschen sozialistischen Republik. Referent: Ledebour. 5. Wahl des Vollzugsrats der Republik. Anträge zu dieser Tagesordnung sind möglichst umgehend dem Sekretariat des Vollzugsrates, Absenderdienerhaus, mitzuteilen, ebenso die Namen der Delegierten. Es wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß je 50 000 Industriearbeiter — nicht 100 000 — das Recht haben, einen Vertreter zu wählen, ferner, daß die Schutztruppe gesondert einen Vertreter entsenden darf.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldaten-Rats Groß-Berlin.

Rich. Müller. Molkenbuhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775191812l1-12/fragment/page=0001

Der Wahlaufmarsch der Unabhängigen.

SK. Die Hochflut der Demonstrationen, der konterrevolutionären Kundgebungen und spartakistischen Aufstreitungen, die sich in den letzten paar Tagen über Deutschland ergossen hat, hat auch den Aufruf der Parteileitung der unabhängigen Sozialdemokratie verschlungen, mit dem diese den Wahlkampf eröffnet hat. Sie rühmt sich darin — denn es lohnt, darauf zurückzukommen — allein den Kampf gegen den Imperialismus geführt und die Arbeiterklasse aus einem Instrument des Krieges zu dem Bringer des Friedens gemacht zu haben. „Unsere Arbeit hatte Erfolg," jubelt der unabhängige Sonntags-Aufruf, „der Kampf gegen den Krieg war Arbeit für die Revolution." Dieser Stolz der Unabhängigen ist uns nicht recht verständlich. Gefällt ihnen die gegenwärtige Lage Deutschlands wirklich so gut? Das besiegte Deutschland wird in jedem Falle der proletarische Knecht Englands und Frankreichs bleiben, auch wenn es im Innern jede Ausbeutung restlos beseitigt. Und die Herrschaft fremder Herern verurteilt das deutsche Volk noch auf Jahrzehnte zum Darben. Will das die Unabhängige Sozialdemokratie wirklich als Erfolg ihrer Arbeit anerkennen? Die Sozialdemokratie hat jedenfalls in Voraussicht dieser Katastrophe alles getan, was in ihren Kräften stand, um die Niederlage abzuwenden. Was jetzt Deutschland erleidet und was ihm an Leiden noch bevorsteht, das wird die Beweisführung für die Richtigkeit unserer Taktik vervollständigen.

Aber die U. S. P. ist heute noch des Glaubens, daß ihre Unwahrheiten, die französischen und englischen Arbeiter würden uns im Notfalle besiegen und es drohe uns gar keine Vergewaltigung, wir führten nur einen Eroberungskrieg, die richtige Lehre für das deutsche Volk gewesen sein. Sie rüstet sich deshalb zum Kampf gegen die Sozialdemokratie auf der ganzen Linie. Der Wahlbefehl der Unabhängigen Parteileitung lautet:

„Die Auswahl der Kandidaten hat im Einvernehmen aller unserer Parteiorganisationen der Wahlbezirke zu erfolgen. In jedem Wahlbezirk sind besondere und vollständige Listen der U. S. P. D. aufzustellen. Besonders Augenmerk ist darauf zu richten, daß Arbeiter, die das Vertrauen ihrer Mitarbeiter in den Betrieben genießen, als Kandidaten aufgestellt werden."

„Sendet mir den tüchtigen Mann aus der Werkstatt," so hat einst Wilhelm II. gesagt. Wie wackere Verehrer der Hohenzollern auch nach ihrem Sturz, rufen jetzt auch die Unabhängigen nach dem tüchtigen Mann aus der Werkstatt. Doch das weitaus Wichtigste an dieser Erklärung ist die Feststellung, daß die U. S. P. D. überall selbständig vorgeht und jedes Kompromiß mit der Sozialdemokratie von vornherein ablehnt. Der Beschluß ist bei den Unabhängigen nicht ohne Widerspruch gefaßt worden. Manche Organisationen der U. S. P. sehen eine schwere Niederlage der Unabhängigen bei den Wahlen voraus, wenn diese weiter Arbeiterzersplitterung betreiben. Deshalb hat z. B. Haases mißtrauische Gefolgschaft in Königsberg der Partei die Wiedervereinigung geradezu aufdrängen wollen. Andere Kreise der U. S. P. haben aus richtiger Einsicht die Zusammenfassung der proletarischen Kräfte erstrebt. So hat der Berlin Erfurt dringend geraten, endgültig mit dem Spartakustreiben zu brechen, und, nachdem der Streit um die Kriegspolitik praktisch gleichgültig geworden ist, mit der alten Sozialdemokratie wieder zusammen zu gehen.

Diese Anregungen sind in der Reichskonferenz der U. S. P. zu Boden gefallen. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat beschlossen, überall den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen. Rechthaberei und Eigensinn, Herrschsucht und Eitelkeit sind ihnen über die notwendige Einsicht des Proletariats im Dienste der Revolution für die Sache des Sozialismus gegangen.

Wir wissen nun, daß wir mit den Unabhängigen überall werden zu kämpfen haben. Unter dem Parlamentswahlrecht zählt jede Stimme. Wir sind überzeugt, daß die Wahlen näher sind, als der ursprünglich angesetzte Wahltermin des 16. Februar vermuten läßt. Auf denn, an die Arbeit! Wir wissen mit vollständiger Sicherheit, daß die große Mehrzahl des Volkes hinter der deutschen Sozialdemokratie steht, die zu dem Sozialismus auf dem Wege gesetzlicher Freiheit und ehrlicher Demokratie gelangen will. Der Wahltag muß die Gegenrevolution, die kapitalistisch verschleierte Pfuddokratie und den unabhängigen Zersplitterungseifer erledigen.

Fadenscheinige Einwände gegen frühere Wahlen zur Nationalversammlung.

Wegen der angeregten Verlegung des Wahltermines für die Nationalversammlung hat das Ministerium des Innern folgendes Schreiben nach Berlin gerichtet:

Dresden, am 10. Dezember 1918.

Das Ministerium des Innern erhebt ernste Bedenken gegen eine Früherlegung des Termins für die Wahlen zur Nationalversammlung vor dem 16. Februar. Nach den bisherigen militärischen Mitteilungen dürfte die Demobilisierung vor Mitte Januar noch nicht beendet sein, so daß die Aufstellung auch nur einigermaßen zuverlässiger Wählerlisten bis Ende dieses Jahres unmöglich ist. Das Ministerium hält es aber für dringend geboten, daß die Wahlen zur Nationalversammlung in ordnungsgemäß und zuverlässig wie möglich vorgenommen werden sollen, weil sonst die Gefahr des Ausschlusses großer Wählermassen von der Wahl besteht und damit die Gültigkeit der Wahl und die Zusammensetzung der Nationalversammlung angezweifelt werden kann.

Für Sachsen kommt aber noch ein besonderer Umstand in Betracht. Das Ministerium des Innern hat das allgemeine Wahlrecht für die Gemeinden eingeführt und Neuwahlen für alle Gemeinden Sachsens ausgeschrieben, die bis zum 9. Februar 1919 durchgeführt sein müssen. Die Wahlen sollten erst bis zum 31. Dezember dieses Jahres vorgenommen werden. Auf Verlangen städtischer Behörden mußte aber das Ministerium die Wahlen verschieben. Es wurde hierbei geltend gemacht, daß die Auflegung, Kontrolle der Wählerlisten sowie die Kontrolle der Wahlvorschläge mindestens neun Wochen Zeit erfordern und deshalb die Wahlen zu einem früheren Termin nicht vorgenommen werden können. Es wurde weiter geltend gemacht, daß den Gemeinden, besonders den mittleren Städte, trotz der Demobilisation, noch die Arbeitskräfte fehlen. Das Wahlgesetz für die Nationalwahlen ist am 30. November veröffentlicht worden. Nach dem von den Verwaltungsbehörden geltend gemachten Zeitaufwand ist es unmöglich, die Wahlen vor dem angesetzten Termin durchzuführen. Da nun die Gemeindewahlgesetze im vollen Gange sind, die Gemeindewahllisten aber nicht ohne weiteres die Wählerlisten für die Nationalversammlung sein können, so muß die Arbeit doppelt geleistet werden, die in der kurzen Zeit nicht erledigt werden kann. Dazu kommt, daß die Beschaffung des Wahlmaterials, Gesetz, Ausführungsverordnung in handlicher Ausgabe mit Erläuterungen nicht vor Mitte Dezember in Händen der Behörden kommt, daß sie sich auch hineinarbeiten können. Endlich ist die Beschaffung der Wahlumschläge bei einer so riesigen Menge und der Papierknappheit kaum in der Zeit möglich. Das Wahlgeheimnis soll aber nach dem Gesetz gewahrt bleiben.

Diese Bedenken hätte das Ministerium ernste Beachtung zu schenken und sich nicht durch parteipolitische Gründe in ihrer sachlichen Entscheidung irre machen zu lassen.

Ministerium des Innern.
(gez.) Lipinski.

Was Lipinski gegen die frühere Einberufung sagt, verdient keinerlei Beachtung. Uns interessiert nur, daß Lipinski als Minister des Innern amtlich diese Stellung einnimmt, während die Volksbeauftragten Ebert, Haase und Scheuer mit Recht den gegenteiligen Standpunkt vertreten und damit die große Mehrheit der Bevölkerung hinter sich haben. Diese Zwiespältigkeit in der Regierung ist ein unhaltbarer Zustand, dem eben durch die Nationalversammlung so schnell wie möglich ein Ende gemacht werden muß.

Deutschlands Finanzlage und Steuerpolitik.

Auf Einladung des Deutschen Industrie- und Handelstages hielt der Staatssekretär des Reichsschatzamtes Schiffer im Festsaale der Handelskammer zu Berlin vor einer zahlreichen Zuhörerschaft einen Vortrag über das Thema: Deutschlands Finanzlage und Steuerpolitik.

Je bin, so etwa führte der Redner aus, der Einladung des Deutschen Industrie- und Handelstages gern gefolgt; denn wenn es jemals notwendig war, Klarheit über das Gebot der Stunde in finanzieller Hinsicht zu schaffen, so ist es jetzt der Fall. Dementsprechend will ich Ihnen nur Tatsachen vor Augen führen, nackte Tatsachen, keine Kritik. Ich will nur vom Standpunkt der Finanzen und nicht von dem der Politik sprechen.

Die erste Frage: Wie ist unsere Finanzlage? Die Antwort darauf kann nur lauten: Unübersehbar. Immer wieder ist im Reichsschatzamt versucht worden, einen Ueberblick über den Steuerbedarf des Reiches zu gewinnen. Wenn der Krieg im Herbst zu Ende gegangen wäre, so hatte man zuletzt im Frühjahr gerechnet, würde der Steuerbedarf des Reiches sich auf 14 Milliarden Mark, der der Einzelstaaten und Gemeinden auf 5 Milliarden Mark belaufen, zusammen also auf 19 Milliarden Mark, was einem Mehrbedarf von 14 Milliarden Mark gegenüber der Friedenszeit entsprochen hätte, wovon 12 Milliarden auf das Reich und 2 Milliarden auf die Einzelstaaten und Kommunen entfallen. Diese ganze Berechnung ist indes durch die Ereignisse in Scherben geschlagen worden. Neue Momente sind jetzt zu berücksichtigen, in erster Reihe die Forderungen, die die Feinde stellen werden, dem Umfange und der Art nach.

Wir kennen diese Forderungen nicht, ebensowenig wissen wir etwas genaues, was gleichfalls zu berücksichtigen ist, über den Umfang, den das Reich in Zukunft durch eventuelle Abtretungen und eventuellen Zuwachs haben wird. Wir kennen weiter nicht das staatsrechtliche Verhältnis, in dem in Zukunft Reich und Einzelstaaten zueinander stehen werden. Auch die zukünftigen handelspolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die als Grundlage dieser Berechnung dienen müssen, sind uns unbekannt. Angesichts dieser zahlreichen unbekannten Größen ist die Aufmachung eines geregelten Finanzprogramms für jetzt und für die Zukunft zunächst unmöglich. Eines nur wissen wir vorläufig:

Wir leben von der Hand in den Mund.

Alles ist unsicher. Sicher ist nur der Ruin, wenn es so weiter geht, wie es jetzt getrieben wird, wenn das Wirtschaftsleben zerschlagen wird, ist naturgemäß auch der Ausbau des Steuerwesens eine Unmöglichkeit. Wo nichts ist, hat nicht nur der Kaiser, sondern auch die Republik ihr Recht verloren.

Wenn wir unser Land betrachten, so ist es doch eigentlich eher ein naturschwaches als reiches Wirtschaftsgebiet. Es fehlt uns an Erzen, es fehlt uns an Kupfer. Wir wissen nicht, wie lange unser Kohlenvorkommen ausreicht, unsere Bodenschätze sind nicht so reich, daß sie die ständig anschwellende Bevölkerung ernähren können. Nach alledem ist es um so notwendiger, daß wir das, was wir haben, festhalten und durch Arbeit vermehren.

Nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die Industrie braucht Arbeitskräfte. Eine richtige Verteilung der Arbeitskräfte wird für die Folge eine der wichtigsten Aufgaben sein und es muß dafür gesorgt werden, daß die Arbeiter nicht nur nach den großen Städten ziehen, sondern auch auf dem flachen Lande produktive Tätigkeit ausüben. Es ist tief traurig, wenn man jetzt hört, daß Bankfreiheit gefordert, deutsche Wechsel zurückgewiesen werden. Das Ausland hat eben die Besorgnis, es gehe in Deutschland alles drunter und drüber. Wenn unsere Kreditfähigkeit erschüttert ist, so besteht auch die Gefahr, daß wir einen Frieden roher Gewalt bekommen, statt einen Frieden, der sich darauf aufbaut, daß im Lande des Besiegten die Rechtssicherheit fortbesteht. Wir müssen Ruhe und Ordnung, Recht und Gesetz schaffen, nicht bloß aus politischen, sondern auch aus finanziellen Gründen. (Lebh. Zustimmung.)

Ich sagte schon, so fuhr der Redner fort, daß ich wegen der Unübersichtlichkeit der Verhältnisse

kein Steuerprogramm entwerfen, sondern nur Steuermöglichkeiten

besprechen werde. Dabei muß ich von allen zahlenmäßigen Erörterungen absehen. Die direkten Steuern werden, so ist gewiß, antiplutokratisch sein; aber sie werden ihre natürliche Begrenzung durch die Stellung finden, die das Kapital im Wirtschaftsleben einnimmt. Die Zeit, in der sich schnell große Vermögen bilden konnten, ist, darüber müssen wir uns klar sein, ein für allemal vorüber. Unter aller Belastung, die die Steuern bringen werden, dürfen sie eine günstige Folgeerscheinung haben: eine Senkung der Preise. Erwünscht wäre, wenn man dem Wirtschaftsleben sehr bald mitteilen könnte, was für Steuern im einzelnen kommen werden; denn ich habe das Gefühl, daß Deutschlands Volkswirtschaft über jede Steuer hinwegkommt, wenn man nur erst ihren Umfang und ihre Art kennt. Es ist indes nicht möglich, schon jetzt Steuergesetze zu erlassen. Dazu ist ein Zusammenarbeiten mit den Bundesstaaten, eine Beratung mit sämtlichen Interessenten und vor allem die Stimme der Allgemeinheit, wie sie durch die Nationalversammlung dokumentiert werden soll, erforderlich. Ausnahmen sind allerdings möglich, und die Vorbereitung für eine solche Ausnahme ist die den Gesetzkörpern bereits gemachte Vorschrift: 80 vom Hundert ihres gegenüber der Friedenszeit erzielten Mehrgewinnes in die Kriegssteuergesetze zu tun. Das zeigt bereits an, daß die Kriegsabgabe für 1917/18 im Jahre 1918/19 wiederholt werden muß.

Ein neues Kriegssteuergesetz

wird insbesondere unter rückwirkender Kraft vom Jahre 1914 ab die großen Kriegsgewinne restlos erfassen, die kleineren Ersparnisse dagegen nach Möglichkeit schonen.

Die harte Besteuerung der Kriegsgewinne entspricht so sehr dem Volksempfinden, daß, weil sie bisher noch nicht restlos durchgeführt ist, von manchen Seiten versucht wird, durch eigenen Eingriff das gewünschte Ergebnis zu erzielen. Ich meine hiermit, so bemerkt der Redner, die Verwegnahme der Kriegsgewinne durch sehr hohe Löhne. Das muß ich, wie Redner scherzhaft bemerkte, als Eingriff in meine Zuständigkeit abwehren.

Neben der Kriegssteuer wird eine

Vermögensabgabe

kommen, die sich nicht nur nach der Verschiedenheit der Objekte (ob bares Geld, ob Wertpapiere, Grundbesitz, ob Fabrikanlagen) richtet, sondern auch nach der Verschiedenheit der Subjekte (Alter und Arbeitsfähigkeit). Die Vermögensabgabe soll in Raten erhoben werden; man kann vielleicht daran denken, der Vermögensabgabe teilweise die Gestalt einer Zwangsanleihe zu geben, so daß der Steuerpflichtige für spätere Zeiten mit einem Rückempfang der Abgabe oder einem Teile der Abgaben rechnen kann. Bei der Steuerzahlung wird die Kriegsanleihe eine größere Rolle spielen als bisher. Es wird möglicherweise bei der Vermögensabgabe die Zahlung in Kriegsanleihe zur Pflicht gemacht werden, ein Beweis dafür, welche Sicherheit der Kriegsanleihe beigemessen wird, und daß man darauf bedacht ist, den Kursstand zu halten.

Als weitere direkte Steuern erwähnte der Redner die Anpassung der Besitzsteuer an die Vermögensabgabe, Ausbau der Einkommen- und Ergänzungssteuer, wobei sicherlich die Besteuerung der hohen Einkommen dem Reiche vorbehalten und deshalb

eine eigene Reichseinkommensteuer

geschaffen werden müsse. Sodann wird an eine Betriebssteuer gedacht, die gleichsam an der Quelle hohe Erträge gewerblicher Unternehmungen abfassen solle, an eine Kapitalrentensteuer, wie sie in einigen Bundesstaaten bereits erhoben wird, und an den Ausbau der Erbschaftssteuer, die auf Abkömmlinge auszudehnen ist, bei deren Höhe auch berücksichtigt werden soll, in welchen Vermögensverhältnissen sich der Erbe befindet. Ein reicher Erbe soll den ihm durch Erbschaft zufallenden Zuwachs an Vermögen höher besteuern, als jemand, der bisher ohne Vermögen war.

An indirekten Steuern

nannte der Staatssekretär als steuerlich zu erfassendes Objekt in erster Reihe Tabak, und zwar wolle man die Zigarettensteuer, die jetzt von dem Höchstpreis von Zigaretten im Betrage von 7 Pf. für die Zigarette ausgeht, (obwohl in Wirklichkeit der Preis der Zigaretten höher ist) entsprechend abändern. Die Zuckersteuer werde erhöht werden müssen. Im Grundstücksumsatz werde an Stelle der jetzigen vielfachen Besteuerung eine freilich mit Erhöhung verknüpfte Vereinheitlichung zu treten haben. Vor allem aber werde die Umsatzsteuer ein wichtiges Steuerobjekt bieten, und zwar ist hier auch schon daran gedacht, die Besteuerung von Luxuserzeugnissen und ähnlichen Gegenständen zu erweitern. Hohe Strafen werden gegen Steuerverfehlungen festgesetzt werden müssen; insbesondere soll der, der die Steuerpflicht verletzt, öffentlich geächtet werden. Gegen Steuerflucht werden weitere über die bisherigen Anordnungen hinausgehende Maßnahmen getroffen werden. Es muß verhütet werden, daß zum Zwecke der Steuerhinterziehung Waren ins Ausland gelangen. Für Bankguthaben wird Anzeigepflicht stattfinden, die auf die Zeit vor der Revolution zurückgeht. Versicherungen bei ausländischen Gesellschaften muß nachgeforscht werden und ähnliches mehr.

Alle Steuern, so groß ihre Liste auch ist, werden freilich nicht ausreichen, um dem Reiche die Tragung der Lasten zu ermöglichen, vielmehr wird eine unmittelbare Beteiligung des Reiches am Wirtschaftsleben notwendig sein, wie wir sie jetzt bereits haben durch den Besitz an Eisenbahnen, durch die Post, durch Bergwerke und durch die Beteiligung an der Stickstoff- und Aluminiumgewinnung.

So betrachtet ist die Sozialisierung, von der so viel die Rede ist, nichts Neues. Diese darf freilich nicht unbegrenzt und schematisch durchgeführt werden. Das würde eine große Gefahr sein, insbesondere auch deshalb, weil man sich damit die Steuerquelle abgraben könnte. Aber diese Gefahr liegt in Wirklichkeit nicht vor. Die Regierung hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die Sozialisierung nur schrittweise durchgeführt werden soll, daß nicht an Experimente gedacht wird und individuell geprüft wird, ob die in Frage kommenden Projekte reif sind oder nicht. Ausgeschlossen sind von vornherein Gebiete der Ein- und Ausfuhr und Industrien, deren natürliche Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist.

Ausgeschlossen ist ferner eine Konfiskation ohne Entschädigungen. Als Monopole kommen vielleicht das Versicherungswesen, Wasserkräfte, Teile der elektrischen Versorgung usw. in Betracht. Die Sozialisierung braucht aber nicht immer in der Schaffung von Monopolen zu bestehen. Man kann an Beteiligungen des Staats denken, also an die gemischtwirtschaftliche Unternehmung, an die Bildung von Syndikaten und Kartellen, wobei der sich hierbei aus der Verbilligung der Produktion ergebende Sondergewinn dem Reiche zufallen müßte.

Dies ist, so fuhr der Redner fort, der Grundriß zum Bau. Wird es zum Bauen kommen? Das hängt davon ab, wie sich unsere Feinde uns gegenüber verhalten. Ich rufe nicht nach Gnade, bitte nicht um Milde, sondern ich rufe das Recht und die Vernunft an!

Der Staatssekretär wies hierbei darauf hin, daß wir uns nur bereit erklärt hätten, Frieden im Sinne der Wilsonschen Friedensvorschläge zu schließen, und er betonte weiter, daß es im eigenen Interesse der Feinde liege, uns nicht zu vernichten; denn ein Schuldner könne nur etwas leisten, wenn man ihm die Möglichkeit gebe, sich neu zu entfalten. Nach dem Siegesrausch werden auch unsere Feinde zu der Einsicht kommen, daß der Sieg auch dem Sieger Pflichten auferlegt. Von uns selbst verlange ich, so schloß der Redner, außer Vernunft auch Vaterlandsliebe, Mut und Vertrauen. Helfen Sie mir alle, das Gespenst des Bankrotts zu verscheuchen. Es geht um alles, es geht ums Ganze; es gilt, aus unseren Kräften zu retten, was zu retten ist. Wir dürfen nicht zagen und klagen; was uns zu tun bleibt, ist die Erfüllung unserer Pflicht im Interesse von Deutschlands Zukunft.

Sozialpolitik im Friedensvertrage.

Eine regelmäßige internationale Arbeiterschutzkonferenz.

Die Humanité teilt mit, daß die Arbeitskommission über die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung im Friedensvertrage sich zu folgenden Vorschlägen an die Friedenskonferenz entschlossen hat:

A. Proklamation des Willens der Vertragsmächte, durch eine internationale Arbeitergesetzgebung zu verwirklichen: Menschliche Arbeitsbedingungen durch Schutz des allgemeinen und gewerblichen Unterrichts der Kinder, der Mutterschaft, des Familienlebens, des sozialen Lebens, der physischen und moralischen Gesundheit und durch Entwicklung der Bevölkerung.

Folglich spricht sich der Friedensvertrag aus:

1. Für die Reformen, die die Konferenz von Bern im Jahre 1913 angenommen hat: Unterdrückung der Nachtarbeit der jungen Industriearbeiter, die Festsetzung des Zehnstundentages für die Frauen und für die jungen in der Industrie beschäftigten Arbeiter.

2. Die unter B vorgesehene internationale Arbeitskonferenz prüft folgende Reformen: Verbot der Lohnarbeit für Kinder unter 14 Jahren. Beschränkung des Arbeitstages für Erwachsene, sofortige Einführung des Achtstundentages in den Tag und Nacht arbeitenden Fabriken und in den Bergwerken, in jeder Woche eine Ruhepause von einundeinhalb Tag, Organisation und Gegenseitigkeit der Krankenversicherung, der Arbeitsversicherung und der Arbeiterschutzgesetzgebung. Gleichheit des Lohnes und der Arbeitsbedingungen zwischen ausländischen und inländischen Arbeitern.

B. Einrichtung einer periodischen internationalen Arbeitskonferenz zwischen den Vertragsmächten, zu der die Staaten, die den Vertrag nicht unterzeichnet haben, Zutritt haben und die Delegierte der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen umfchließt.

Der Zweck dieser Konferenz soll sein, durch fortschreitende Verträge die internationale Arbeitsgesetzgebung zu entwickeln. Sie hat aus sich heraus eine Kommission oder einen Schiedsgerichtshof zu bilden, vor dem alle sich erhebenden Streitigkeiten zwischen den Vertragsmächten über die Anwendung des Uebereinkommens zu bringen sind. Der Tag des Zusammentritts dieser internationalen Konferenz ist durch den Friedensvertrag zu bestimmen und muß spätestens innerhalb von sechs Monaten nach seiner Unterzeichnung bestimmt sein. In dieser ersten Sitzung der Konferenz sind die unter A 2 erwähnten Reformen zu prüfen und die Organisation und Arbeitsweise in jedem der Vertragsstaaten durch eine Arbeitsinspektion zu sichern. Es wird ein internationales Arbeitsbureau geschaffen, dessen Budget von den Vertragsmächten und den beigetretenen Staaten getragen wird. Dieses Bureau hat sich vor allem mit der Statistik, mit sozialen und technischen Erhebungen und mit dem Vergleich der Berichte der nationalen Arbeitsinspektionen zu beschäftigen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181211-12/fragment/page=0002

Die Angelegenheit Thyssen-Stinnes.

Ueber die Verhaftung von August Thyssen und einigen andern rheinisch-westfälischen Großindustriellen sprach sich der zweite Vorsitzende des Mülheimer Arbeiterrats, Serfort, in einer öffentlichen Versammlung u. a. folgendermaßen aus:

Es sei erwiesen, daß Stinnes und alle die Machthaber der bisherigen Ordnung in aller Form dazu übergegangen seien, die Bevölkerung an die Entente zu verkaufen. Vor allen Dingen, weil ihnen auch der Arbeiterrat von Mülheim im Wege sitze, weil dieser dafür eingetreten sei, daß die erste Forderung des Proletariats, der Achtstundentag, in die Tat umgesetzt wurde. Die Ruhe vor dem Sturm habe den Arbeiter- und Soldatenrat nicht getäuscht. Ueberall, wo Thyssen gewesen sei, sei auch der Arbeiterrat gewesen und so habe er denn feststellen können, daß am 5. Dezember im „Fürstenhof" in Dortmund eine Konferenz von 33 oder 34 Schwerindustriellen getagt habe, in der eine Materie behandelt wurde, die noch dem Bürgerlichen Gesetzbuch, überhaupt nach dem allgemein geltenden Recht, als Hochverrat angesehen werden müsse. Weiter betonte der Referent, daß der noch flüchtige Herr Hugo Stinnes der eigentliche Urheber des unglücklichen U-Boot-Krieges gewesen sei. Er habe mit Gewalt verhindert, daß ein einigermaßen annehmbarer Frieden vor dem Ausbruche des Unterseebootskrieges abgeschlossen worden sei. Mittlerweile sei Stinnes auch wieder in Berlin angemeldet worden. Auch ihn werde das Schicksal ereichen.

Eine neue Verwaltung der Presse.

In Gevelsberg (Westfalen) hat der Arbeiter- und Soldatenrat einen Redakteur der Gevelsberger Zeitung zum Ausscheiden aus dem Blatte gezwungen durch die Drohung, daß, wenn nicht sofort ein Wechsel in der politischen Haltung und Leitung der Gevelsberger Zeitung eintreten würde, der Arbeiter- und Soldatenrat die Person des Redakteurs für vogelfrei erklären würde. Das Blatt hat beim Volksbeauftragten Scheidemann Einspruch gegen diesen Akt der Willkür erhoben.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Aenderung des Wahlgesetzes für die Nationalversammlung.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung zur Abänderung der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung, wonach die Wahlkreise 31 und 32 zu einem das ganze württembergische Staatsgebiet und den Regierungsbezirk Sigmaringen umfassenden Wahlkreis vereinigt werden, in dem 17 Abgeordnete zu wählen sind.

Das Kabinett und die Kriegsbeschädigten.

Wie wir hören, hat sich das Kabinett heute nachmittag mit der Neuordnung des Mannschaftsversorgungsgesetzes und des Rentenfestsetzungsverfahrens beschäftigt — entsprechend den Erklärungen, die der Volksbeauftragte Ebert heute den einziehenden Truppen abgegeben hatte.

Regierung, Vollzugsrat und Nationalversammlung.

In der heute morgen veröffentlichten Erklärung der Regierung und des Vollzugsrats heißt es, der Rat der Volksbeauftragten halte unbedingt daran fest, daß die durch die Revolution gegebene Verfassung ohne Zustimmung des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte nicht abgeändert werden könne. Wenn daraus in einigen Zeitungen gefolgert worden ist, daß die Einberufung der Nationalversammlung von der Zustimmung des Vollzugsrats abhänge, so ist das nicht richtig. Die Nationalversammlung ist schon von der Revolutionsverfassung selbst vorgesehen und ihre Einberufung erfolgt auf Grund der der Regierung übertragenen Exekutive. Der Zeitpunkt der Wahl bedarf lediglich der Zustimmung der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte; der Vollzugsrat hat nichts damit zu tun.

Aenderungen im Auswärtigen Amt.

Nach der Deutschen Allg. Zeitung sind wichtige Aenderungen im Auswärtigen Amt zu verzeichnen. Der langjährige Direktor der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, Kriege, sowie einige der älteren Räte dieser Abteilung, sind zur Disposition gestellt worden oder ausgeschieden. Als Nachfolger Krieges ist Direktor Simons ernannt worden, der aus dem Reichsjustizamt hervorgegangen ist. Zu seiner Unterstützung ist der bisher im Reichsjustizamt und während des Krieges im Reichswirtschaftsamt tätig gewesene Geh. Rat von Simson ausersehen. In die wirtschaftspolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes ist Professor Wiedenfeld-Halle berufen worden. Noch weitere Personalveränderungen stehen bevor.

Die preußische Regierung und die Gebietslostrennungen.

Die preußische Regierung veröffentlicht folgende Bekanntmachung:

Die in verschiedenen Gegenden des preußischen Staates gemachten Versuche, Teile von Preußen loszutrennen oder in Preußen eigenmächtige adrigkeitliche Befugnisse auszuüben, geben uns Veranlassung darauf hinzuweisen, daß solche Bestrebungen das Gemeinwohl gefährden und deshalb mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft werden müssen. Dies gilt insbesondere auch für diejenigen Landesteile Preußens, über deren staatliche Zugehörigkeit erst durch den Friedensvertrag Bestimmung getroffen werden wird. Im übrigen wird über die künftige staatsrechtliche Bestimmung Preußens durch die Nationalversammlung entschieden werden. Sämtliche preußische Behörden werden angewiesen, sich nach dieser Vorschrift unweigerlich zu richten und allen dem zuwiderlaufenden Uebergriffen unverzüglich entgegenzuwirken. Auch erwarten wir in jedem einzelnen Fall sofortige telegraphische Anzeige.

Berlin, 10. Dezember 1918.

Die preußische Regierung.

gez. Kirch, Braun, Eugen Ernst, Adolf Hofmann, Rosenfeld.

Zur Haussuchung bei der Roten Fahne.

Die Haussuchung bei der „Roten Fahne" und beim Spartakusklub hatte, wie wir erfahren, nur den einen Zweck, die Gewehre und Maschinengewehre zurückzuholen, welche die Spartakusleute sich bei ihrem Sonntags-Umzug widerrechtlich angeeignet hatten. Die Waffen wurden indessen nicht mehr vorgefunden.

Zu Joffes Feldzug gegen Haase und Barth.

Man ist sich hier durchaus unklar darüber, auf welche Anregung und auf welchen Anlaß hin Joffe seine Enthüllungs-Champagne gegen die Volksbeauftragten Haase und Barth eröffnet hat. Man kann nur vermuten, daß es sich um den machtaveillistischen Versuch handelt, mindestens 2 Volksbeauftragte dem deutschen Volk als Agenten einer ausländischen Regierung zu denunzieren, die Stabilität der deutschen Regierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung ernstlich zu erschüttern und dem spartakistischen Tohuwabohu eine Gasse zu bahnen.

Ungarn.

Bodenreform in Ungarn.

Die Gesetzgebung des Kabinetts Karolyi beschränkt sich vorläufig auf die Frage der Bodenreform. In der gestrigen Ministerratssitzung wurde von den Sozialisten der Antrag gestellt, daß dem Grundbesitz nach der Enteignung eine Jahresrente gewährt werde, die zweite Generation soll nur die Hälfte der Rente erhalten und die dritte Generation gar nichts mehr.

Schweden.

Die letzten Bollwerke der Reaktion fallen!

SK. Die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts für Staat und Gemeinde ist nunmehr auch in Schweden gesichert, nachdem Wahlrechtsausschuß und Regierung sich geeinigt haben. Alle Personen über 23 Jahre wählen zu den politischen Körperschaften, über 24 Jahre zu den Gemeindevertretungen und über 27 Jahre zu den Kreistagen (Landtagen). Die Erste Kammer wird von den Landtagen und Gemeindevertretungen der größeren Städte auf acht Jahre gewählt, die Zweite Kammer direkt vom Volke auf vier Jahre. Die anfangs sehr herausfordernden Führer der Rechten, die auf die Vorrechte des Besitzes pochten, haben rechtzeitig klein beigegeben.

Das neue Recht der Dienstboten.

Die Bekanntmachung der neuen Volksregierung vom 12. November 1918 bestimmt mit Gesetzeskraft: „Die Gesindeordnungen werden außer Kraft gesetzt." Mit diesem lapidaren Satz wird ein Haufen alten Gerümpels weggetreten und die Rechtsgleichheit des „Gesindes" mit den gewerblichen Arbeitern hergestellt. Zunächst aber sozusagen nur im Prinzip. Die Gewerbeordnung kann mangels einer entsprechenden Bestimmung auf die Dienstboten und Landangestellten nicht angewendet werden. Ihr Geltungsbereich umfaßt auch weiterhin nur die gewerblichen Arbeiter.

Da der Gesindevertrag ein Dienstvertrag ist, kommen nach der Beseitigung der Gesindeordnungen für das Rechtsverhältnis zwischen Dienstherrschaft und Dienstbote die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches in §§ 611 bis 630 in Anwendung. Ob auch durch den Erlaß vom 12. November die mit den Gesindeordnungen zusammenhängenden Sondervorschriften, z. B. die Verordnung wegen Einführung von Gesindedienstbüchern vom 29. November 1846, aufgehoben sind, ist noch eine Streitfrage. Nach dem ganzen Geist der Verkündigung vom 12. November muß man das annehmen, aber da unsere Juristen in den Gerichten weniger nach dem Sinn als nach dem Buchstaben gehen, kann man keine Garantie für den Ausgang eines Prozesses übernehmen.

Welche neuen Bestimmungen gelten nun für die Dienstboten? Für die Uebergangszeit ist bemerkenswert, daß nach § 620 BGB. das Dienstverhältnis mit Ablauf der Zeit endigt, für die es eingegangen ist. Ist also bei Abschluß der jetzt noch laufenden Dienstverhältnisse und Dienstverträge eine bestimmte Dauer der Dienstzeit vereinbart worden, so ist diese Zeit einzuhalten. Ist die Dauer des Dienstverhältnisses weder bestimmt noch aus der Beschaffenheit oder dem Zwecke der Dienste zu entnehmen oder aus einer früheren ausdrücklichen Bezugnahme auf die Gesindeordnung festgelegt, so kann jeder Teil das Dienstverhältnis nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches kündigen. Hiernach kommt es darauf an, wie die Vergütung bemessen ist (d. h. ob ein Tages-, Wochen-, Monats- oder Jahreslohn festgesetzt worden ist), nicht wie sie gezahlt wird. Bei Bemessung nach Tagen ist die Kündigung an jedem Tag für den folgenden, bei Bemessung nach Wochen am ersten Werktag zum Schluß der Kalenderwoche zulässig, während bei Bemessung der Vergütung nach Monaten spätestens am 15. zum Schluß des Kalendermonats gekündigt werden muß. Bei Festlegung des Lohnes oder Gehalts nach Vierteljahren oder längeren Zeitabschnitten ist die Kündigung nur zum Schluß des Kalendervierteljahrs unter Einhaltung einer sechswöchigen Kündigungsfrist möglich. Ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kann das Dienstverhältnis von jedem Teil gekündigt werden, wenn ein „wichtiger Grund" vorliegt. Was ein solcher ist, sagt das Gesetz nicht, die Rechtsprechung hat hier aber schon eine Reihe Grundsätze aufgestellt. So gilt als „wichtiger Grund" Erkrankung, Trunkenheit, Vertrauensbruch, mangelhafte Lohnzahlung, grobe Beleidigung oder Mißhandlung, unsittliches Verhalten usw.

Jedenfalls sind die früheren großen Härten gefallen, z. B. die polizeiliche Zurückführung des vertragsbrüchigen Gesindes und die Zulässigkeit aller möglichen Anrechnungen auf den Lohn, das Züchtigungsrecht gegen Dienstboten, die Nichteinklagbarkeit selbst versprochener Weihnachtsgeschenke und das Recht auf ihre Rückforderung. Eine endgültige Regelung steht noch aus; sie wird das allgemeine neue Arbeiterrecht bringen müssen.

Nachbargebiete.

Eigenmächtigkeiten des Zwickauer Arbeiter- und Soldatenrates.

Aus Zwickau wird berichtet:

Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte in der vorigen Woche eine Bekanntmachung über die Regelung der Ladenverkaufszeit erlassen, die u. a. völlige Sonntagsruhe anordnet. Diese Bekanntmachung hatte er, entgegen seiner Zusage, in die Allgemeinheit betreffenden Fällen sich mit dem Bürgerrat ins Einvernehmen zu setzen, eigenmächtig erlassen. Der Bürgerrat nimmt nun in einer Anzeige in den Tageszeitungen gegen die Verordnung Stellung und weist darauf hin, daß der A.- und S.-Rat nur Kontrollinstanz sei und keine selbständige Polizeiverordnungen erlassen könnte. Solche Bekanntmachungen seien „als willkürliche, jeder rechtlichen Grundlage entbehrende Maßnahme anzusehen und für niemanden verpflichtend". Da der Ladenschluß an den Sonntagen vor Weihnachten das Erwerbsleben schwer schädigt, hat sich der Bürgerrat an das Arbeits- und Wirtschaftsministerium um sofortige Aufhebung der betr. stehenden Verordnung gewandt.

Der Bürgerausschuß sollte sich beschwerdeführend nach Dresden wenden!

Bautzen. Oberbürgermeister Riedner ist bei der Kreishauptmannschaft und dem Ministerium dahin vorstellig geworden, daß die Gelder, welche die örtlichen A.- und S.-Räte von den Gemeinden für Aufwendungen fordern, aus Staatsmitteln zu geben sind. Eine Antwort hierauf steht noch aus. Der A.- und S.-Rat hat zunächst über 6000 M. liquidiert und kündigt an, daß künftig die wöchentlichen Aufwendungen etwa 800 M. betragen werden.

Gewerkschaftliches.

Aus der Vorständekonferenz der Gewerkschaften.

SK. Auch auf der Vorständekonferenz der Gewerkschaften wurde an den Fehlern und an der Verschwendung der Arbeiterräte scharfe Kritik geübt. Insbesondere tadelte Robert Schmidt heftig ihre sinnlosen Eingriffe in das Verkehrswesen und die Nahrungsmittelversorgung. Verbandsvorsitzender Blum ergänzte, daß in Köpenick allein der öffentliche Sicherheitsdienst 2000 M. pro Tag erfordert. Das macht für den Kopf der Bevölkerung allein für den Polizeidienst eine jährliche Belastung von über 30 M. aus.

Die Debatte erbet: mit der Annahme der bereits mitgeteilten Resolution gegen die Uebergriffe der Arbeiterräte auf das Gebiet der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Der Redakteur des Korrespondenzblattes der Generalkommission Umbreit führte dazu aus, daß man den Gewerkschaften jetzt Dinge zumute, die man ihnen niemals angesonnen hätte, selbst nicht in den Zeiten der schwärzesten Reaktion des Köller- und Dallwitzsystems.

Die Konferenz stimmte dann einmütig dem Abschluß der Arbeitsgemeinschaft zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden zu.

Das Zentralarbeitersekretariat und die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission sollen eingeschränkt, dagegen soll eine Gewerkschaftskorrespondenz und eine sozialpolitische Korrespondenz geschaffen werden. Der frühere Reichstagsabgeordnete Wissell tritt aus dem Zentralarbeitersekretariat in die Verwaltung der Generalkommission über.

Das Verbot des Uebertritts von einer Gewerkschaft zur anderen beim Wechsel des Berufs, das bei Kriegsbeginn erlassen worden war, wurde wieder aufgehoben, doch soll bei den Uebertritten möglichst tolerant verfahren werden.

Der Vorsitzende der Generalkommission Legien ist zum Kontrolleur des Roten Kreuzes eingesetzt worden.

Eine Gewerkschaft der Akademiker.

In Freiburg i. B. hat sich eine Gewerkschaft der Akademiker gebildet, welche die akademischen Arbeiter, Männer und Frauen, in ihren Interessen vertreten und schützen soll. Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei soll ebensowenig erforderlich sein, wie die Freien Gewerkschaften ein politisches Bekenntnis von ihren Mitgliedern fordern. Die Akademikergewerkschaft soll vielmehr wirtschaftliche Ziele verfolgen, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Arbeitslöhne und Gehälter, Arbeitsvermittlung und Arbeitsregelung, Ordnung der Anstellungsbedingungen, Rechtsschutz, Unterstützung in Notlagen und bei Arbeitslosigkeit. Die Gewerkschaft soll dazu beitragen, daß sich die Akademiker in die neue sozialistische Ordnung als ein nichtbevorrechtetes, aber gleichberechtigtes Glied einfügen.

Das Gewerkschaftssekretariat Freiburg hat sich mit der Gründung dieser Organisation einverstanden erklärt und wird die Aufnahme dieses neuen Verbandes bei der Generalkommission der Gewerkschaften befürworten. Ferner soll die badische Regierung um Anerkennung der Gewerkschaft als Berufsvertretung der Akademiker angegangen werden.

Ob die Akademiker heute schon wirklich aufgeklärt genug sind, um sich in dieser Weise in den Bau des deutschen Arbeitsstaates einzufügen, läßt sich nicht ohne weiteres sagen. Jedenfalls aber wäre eine solche Gewerkschaft viel ernsthafter als die Räte geistiger Arbeiter.

Soziales.

Helfer und Helferinnen,

die im Ausland im Dienst der Heeresverwaltung tätig waren und dort entweder einer Betriebskrankenkasse als Mitglied angehörten oder vertraglich Anspruch auf Krankenfürsorge gegen die Heeresverwaltung hatten, können Krankenhilfe in der Heimat in Anspruch nehmen, wenn sie innerhalb drei Wochen nach der Entlassung erkranken, ohne inzwischen Mitglied einer anderen Krankenkasse geworden zu sein. Das Kriegsministerium hat die Krankenkassen durch Vermittlung des Reichsversicherungsamtes gebeten, den Helfern in ihrem jetzigen Aufenthaltsorte Krankenhilfe für Rechnung der zuständigen Betriebskrankenkasse oder der Heeresverwaltung zu verabfolgen, wenn sie sich durch ihre Verträge oder sonstigen Papiere über ihre Berechtigung ausweisen können. Ist ihnen dies nicht möglich, dann tun sie gut, sich schleunigst an die Kriegsamtstelle zu wenden, durch deren Vermittlung sie den Dienst im Ausland angetreten haben, damit ihnen von dort die nötigen Ausweise zugestellt werden können.

Zulagen zur Altersrente.

Der in Eingaben an die Reichsbehörden und den Reichstag vielfach geäußerten Einbeziehung der Empfänger einer Altersrente aus der Invalidenversicherung in den Kreis derjenigen Personen, welchen aus Anlaß der anhaltenden Verteuerung der Lebenshaltung eine Zulage zu ihrer Rente gewährt wird, ist durch eine Verordnung vom 2. Dezember 1918 entsprochen worden. Vom 1. Januar 1919 an erhalten danach die Altersrentenempfänger eine monatliche Zulage von 8 Mark zu ihrer Rente. Die Zulage kann in dem einfachen Verfahren, das für die Gewährung der Zulagen an Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Witwerrente vorgesehen ist, erhoben werden. Die Zulage ist zunächst nur für die Zeit bis zum 31. Dezember 1919 in Aussicht genommen.

Aus aller Welt.

Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier.

Duisburg, 10. Dezember. Von einer Minderheit wurde der Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier beschlossen. Die Forderung der Arbeiter beträgt 20 M. Mindestlohn für den Tag. Heute streiken 5000 Mann in Hamborn, Gewerkschaft „Deutscher Kaiser", Schacht 1, 3 und 4, sowie in Meiderich-Westende. Streikposten verhindern die Einfahrt. Andere Zechen arbeiten.

Bekanntmachung.

In Ergänzung unserer Bekanntmachung vom 31. Oktober 1918 werden die Kleinhandelsverkaufspreise für Kandis und zwar:

a) für weißen und farbigen Faden-Kandis auf 84 Pf., und

b) für weißen und farbigen fadenlosen Kandis auf 66 Pf.

für das Pfund festgesetzt. Im übrigen verbleibt es bei unserer Bekanntmachung vom 5. November 1917.

Halle, den 10. Dezember 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Die Räude unter dem Pferdebestande des Fleischermeisters Oskar Großklaus hier, Fleischerstraße 12, ist erloschen. Die Sperranordnungen sind aufgehoben worden.

Halle, den 7. Dezember 1918.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Preise für Kürbisse nach Senfgurkenart.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat für Kürbisse nach Senfgurkenart, von denen kleine Mengen hergestellt und nunmehr freigegeben worden sind, folgende Preise festgesetzt:

Erzeuger-Höchstpreis 80 M. je Zir., frei Verladestation,
Großhandels-Höchstpreis 88 M. einschließlich Verpackung,
Kleinhandels-Höchstpreis 1.10 M. je Pfund.

Halle, den 11. Dezember 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Die Inhaber von Apotheken und Drogengeschäften werden hierdurch aufgefordert, am **Donnerstag, den 12. Dezember 1918, vormittags von 8—12½ Uhr** im Stadtverordnetengesamt, Marktplatz 22, II. Obergeschoß, Zimmer 9, die **Bezugsscheine für Sacharin** in Empfang zu nehmen.

Ein Ausweis ist mitzubringen.

Halle, den 11. Dezember 1918. **Der Magistrat.**

Ausschreibung.

Die Erdarbeiten zur Anlage des Heide-Wegs, von der Weinbergsbrücke bis 200 m nördlich der Kohlenbahn (etwa 20000 cbm Abtragsmasse), soll im Wege der Wettbewerbung vergeben werden.

Angebote sind bis

Sonnabend, den 14. Dezember, vormittags 10 Uhr,

im Magistrats-Bureau I, Zimmer Nr. 23 des Wagegebäudes einzureichen, woselbst die Bedingungen nebst Zeichnungen ausliegen und auch die Verdingungsanschläge entnommen werden können.

Halle, den 9. Dezember 1918.

Städtisches Tiefbauamt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775191812 11-12/fragment/page=0003

Bekanntmachung

betr. die Aufstellung der Wählerlisten für die Nationalversammlung.

Zur Aufstellung der Wählerlisten für die Wahlen zur Nationalversammlung ist eine Personenbestandsaufnahme erforderlich, die durch Eintragung der auf Grund der neuen Vorschriften wahlberechtigten Personen in Kartenblätter durchgeführt werden soll. Diese Karten werden demnächst sämtlichen Hausbesitzern oder deren Vertretern übergeben werden. Die Karten sind an die Haushaltungsvorstände zur Ausfüllung weiter zu geben und spätestens am folgenden Tage wieder einzusammeln. Am dritten Tage nach der Verteilung werden die Kartenblätter von den Polizeiorganen wieder abgeholt.

Die Kartenblätter sind **nur** in den Rubriken Name, Stand oder Gewerbe, Alter, Geburtsort, Wohnung (Straße, Nummer) auszufüllen

1. für alle zum Haushalt gehörigen männlichen Personen im Alter von 19—24 Jahren, und zwar auch dann, wenn sie zur Zeit als Soldaten noch abwesend sind,
2. für alle zum Haushalt gehörigen weiblichen Personen über 19 Jahre.

Für jede Person ist ein besonderes Kartenblatt zu benutzen. Genaue und leserliche Ausfüllung der einzelnen Rubriken der Karten liegt im Interesse jedes Einzelnen.

Bemerkt wird, daß für alle männlichen Personen über 24 Jahre bereits Kartenblätter bestehen.

Da die Aufstellung der Wählerlisten in kürzester Zeit möglichst vollständig geschehen muß, wenden wir uns hiermit an alle Hausbesitzer, deren Stellvertreter und an die Einwohner Halles mit der dringenden Bitte, uns schnelle, entgegenkommende Mithilfe bei der umfangreichen Arbeit zu gewähren. Die zuverlässige Vorbereitung der Wahlen zur Nationalversammlung liegt im vaterländischen Interesse.

Halle, den 5. Dezember 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung

Vom 8. Dezember an ist die Bezugsscheinpflicht für folgende Waren aufgehoben:

Strümpfe, Socken und Stutzen.

Kopfschützer, Brustschützer, Kniewärmer, Leibbinden, Halsbinden, gestrickte Schals, Pulswärmer.

Schwitzer (Sweater) jeder Art, gestrickte, gewirkte oder gehäkelte Damenwesten, gewirkte Korsettschoner und Unterteilen. (Trikothemden und -jacken sind bezugsscheinpflichtig).

Brusthalter, Büstenformer, Miedergürtel, Geradehalter und ähnliche Gegenstände.

Moltrosen, fertiggefüllte Inletts.

Abgepaßte Kopftücher, Schals und Umschlagetücher, Reise- und Schlafdecken, Decken für Tiere.

Die als „Reichsware" für die minderbemittelte Bevölkerung der Stadt Halle zugewiesenen Strümpfe und Socken dürfen zwar ohne Bezugsschein, aber nur gegen Berechtigungsschein des Magistrats abgegeben werden. Die Scheine sind im Stadternährungsamt, Zimmer 29, zu haben. Lebensmittelschein ist vorzulegen.

Halle, den 10. Dezember 1918. **Der Magistrat.**

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Frische Aepfel. Donnerstag, vormittags 8—12 Uhr: auf Lebensmittelscheine Nr. 51501—53000, nachmittags von 1—4 Uhr: Nr. 53001—54000 in der Martinstraße 11, vormittags von 8—12 Uhr: Nr. 54001—56500, nachmittags von 1—4 Uhr: Nr. 56501—58000 in der Leipziger Straße 5, vormittags 8—12 Uhr: Nr. 58001—60500, nachmittags von 1—4 Uhr: Nr. 60501—62000 in der Königstraße 5. Der Abschnitt 248 des Warenbezugsscheins 18 ist abzugeben. Jede Person ½ Pfd. Pfundpreis 1.30 Mark.

Eier. Donnerstag, vormittags von 8—12 Uhr: Nr. 38001—39500, nachmittags von 2—6 Uhr: Nr. 39501—42000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person ein Ei für 42 Pf. Die Eier sind nicht zum Kochen in der Schale. Umtausch innerhalb drei Tagen.

Merseburg!

Donnerstag, den 12. Dez., abends 7½ Uhr

Große öffentliche

Frauen-Versammlung!

im Restaurant zur Funkenburg.

Tagesordnung:

1. **Frauenwahlrecht, Sozialdemokratie und Nationalversammlung.** Referent: Richard **Krüger**, Merseburg.
2. Freie Aussprache.

An alle weiblichen Einwohner von Merseburg ergeht die höfliche Bitte, für recht zahlreichen Besuch der Versammlung zu sorgen. Frauen und Mädchen, zeigt durch rege Agitation, daß Ihr politisch reif seid, Eure Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. Keine Frau, kein Mädchen darf fehlen. [1809

Auf zur Versammlung!

Der Arbeiterrat Merseburg.

J. A.: H. Thieme.

Aufruf

[1805

zugunsten einer baldigen Einberufung der Nationalversammlung.

Von

Emil Abderhalden und **Max Deutschbein.**

Das deutsche Volk verlangt in allen seinen Schichten dringend nach **Frieden, Arbeit und Brot.** Arbeit und Brot hängen ganz vom Friedensschlusse ab. Alle Nachrichten aus dem Auslande weisen darauf hin, daß die Imperialisten Englands, Italiens und ganz besonders Frankreichs uns einen Gewaltfrieden aufzwingen wollen. Wilson ist ohne Zweifel für einen Rechtsfrieden. Die Propaganda der Entente untergräbt jedoch mehr und mehr seine ganze Stellung und Autorität. Wilsons Arbeit für einen Rechtsfrieden wird von unserer Seite außerordentlich erschwert, wenn Deutschland nicht eine Regierung hat, die sich auf dem gesamten Volkswillen aufbaut. **Wird der Zusammentritt der Nationalversammlung verzögert, so werden jene Ententekreise unterstützt, die Wilsons Grundlagen für einen Rechtsfrieden mit Macht zu erschüttern sich bestreben.** Von der Stärke und Geschicklichkeit dieses Treibens haben die wenigsten von uns eine Ahnung. Von größter Bedeutung ist auch die Tatsache, daß die Stellung Wilsons in Amerika in der letzten Zeit entschieden weniger gefestigt ist als früher. Ein gewaltiger Irrtum ist es, zu glauben, daß in den Ententeländern eine Revolution drohe und dann auf dieser Grundlage ein Rechtsfrieden zustande komme. Man sollte wahrlich durch den Ausgang des Krieges gelernt haben, wie gefährlich es ist, das deutsche Volk mit falschen Hoffnungen hinzuhalten. In Amerika und Frankreich ist die Aussicht, daß sich die Arbeiterschaft der politischen Gewalt bemächtigen könnte, gleich null. In England ist die Arbeiterbewegung groß, aber nicht einig und hat in der Hauptsache wirtschaftliche Ziele. Die starke Besetzung von deutschem Gebiet ist ohne Zweifel nicht in der Hauptsache als Abwehr gegen das Wiederausbrechen kriegerischer Handlungen gedacht, sie soll vielmehr als starker Schutzwall gegen das Uebergreifen von Unruhen nach den Ententeländern dienen. Auch die neutralen Länder schließen sich aus dem gleichen Grunde immer fester gegen Deutschland ab. Nichts kann dem deutschen Volke gefährlicher werden, als mit der Hoffnung auf eine Revolution in den Ententeländern die ganze Zukunft des deutschen Volkes zu untergraben.

Nehmen wir mannhaft das ungeheuer schwere Los des Zusammenbruchs auf uns, stellen wir uns auf den Boden der Tatsachen und unterlassen wir das ewige Klagen gegen die so außerordentlich schweren Waffenstillstandsbedingungen! Seien wir stolz und erfüllen wir die einmal übernommenen Pflichten, sie mögen so hart sein als sie wollen, und setzen wir unsere ganze Kraft dafür ein, daß möglichst bald durch das gesamte Volk eine Regierung — Nationalversammlung — gewählt wird, in der der Volkswille klar und bestimmt zum Ausdruck kommt. Nur so wird es möglich sein, zu einem erträglichen Frieden zu gelangen. Im jetzigen Zustande ebnen wir unseren Gegnern den Weg zu unserer Unterdrückung und geben wir ihnen fortwährend Handhaben zur Hinausschiebung des Friedensschlusses.

Professor Dr. med. Sowade

Facharzt für Haut-, Harn- und Geschlechtsleiden

hat seine Praxis in Halle a. S., Kronprinzenstraße 30, wieder aufgenommen.

Sprechzeit: Wochentags 12—1 und 3—5 Uhr.
Fernruf 2770. [1792

Ich habe mich hier als Arzt niedergelassen.

Sprechzeit 7½—8½, 2½—3½ Uhr.

Anmeldungen für Hausbesuche möglichst von 7—9 und 2—4 Uhr.

Dr. med. Hermann Ulrich

Kaiserplatz 14. — Fernruf 5497. [1726

Volksabende mit freier Aussprache.

6. Volksabend

Mittwoch, 11. Dezember, 8½ Uhr abends
in den **Thaliasälen.** [1802

Eingeleitet durch einen Vortrag des Herrn Rektor **H. Haase** über:

„Die Einheitsschule."

Der Zutritt ist für jedermann frei.

Zimmerer, Schlosser, Schmiede u. sonst. Arbeiter

finden dauernde Beschäftigung.

Grube Pauline
in Dörstewitz.

Nach einer Verfügung des Reichsmarineamtes vom 13. 11. 18 kann nunmehr

Teer

ohne Beschränkung an Handwerker, Bedachungsgeschäfte und private Verbraucher, sowie zu **Straßen- u. Schiffsteerungen u. sonstigen Anstreichzwecken** abgegeben werden.

Halle, den 19. 11. 1918. [1724

Die Verwaltung der städt. Gas- u. Wasserwerke

Große Ulrichstr. 50

I. Obergeschoß. [1800

Ausstellung von Möbeln für Küchen, Schlafzimmer und Wohnräume.

Besichtigung und Annahme von Kaufanträgen daselbst täglich von 9 bis 3 Uhr

Hallesche Fürsorgestelle für Wohnungseinrichtungen G. m. b. H.

Erdarbeiter

für Abraumbetrieb

finden dauernde Beschäftigung.

Elektrowerk A.-G.

Grube Golpa. Post Zschornewitz, Bezirk Halle.

Bahnstation Burgkemnitz.

Kochkisten-Verkauf

wochentags von 10 bis 12 Uhr

Rathausstraße 17 I.

Hauswirtschaftliche Beratungsstelle des Halleschen Frauenbundes.

Das Stopfen der Kochkisten wird unentgeltlich gezeigt.

Die deutsche Revolution

Des Volkes Sieg und Zukunft

von

Erich Kuttner

Redakteur des Vorwärts

Preis 25 Pf.

Vorrätig in der Buchhandlung der Volksstimme

Möbel auf Teilzahlung.

Empfehle mein großes Lager in 3 Etagen in ganzen Wohnungs-Einrichtungen, sowie einzeln. Möbeln, besonders schöne Schlafzimmer, Bettstellen m. Matratz., Sofas, Kleiderschränke Vertikos, Küchenmöbel aller Art.

Kredit auch nach auswärts.

N. Fuchs, Möbel- Ausstattungs-Geschäft, [1270

Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 58, I., II., III. Etage.

Privatschule

für Malen u. gewerbl. Zeichnen für Damen u. Herren. [1808

Ausbildung für technischen Bureaudienst.

Nächster Kursus beginnt am 8. Januar 1919.

Anmeldungen täglich Steinweg 17, III.

Stadt-Theater

Donnerstag, 12. Dezember

Anfang 7 Uhr. Ende 10,45 Uhr

Lohengrin.

Oper von Wagner.

Freitag: **Familie Schimek.**

Wahlleiter gesucht.

Parteigenosse mit längerer Tätigkeit in der Arbeiterbewegung wird für **Halle** und den **Saalkreis** als Leiter der Wahl für die Nationalversammlung gesucht. Rednerische Befähigung erwünscht. Antritt sofort. Dauernde Stellung als Parteisekretär in Aussicht. Bewerbungen mit Angabe der Gehaltsforderung bis 15. Dezember zu richten an den

Sozialdemokratischen Verein für Halle und den Saalkreis.

Rd. Thiele, Bernhardystraße 68.

Arbeiter, abonniert auf die Volksstimme!

Schmiedelehrling

sucht

Schöne, Lindenstr. 49.

Die Gleichheit

sozialdemokratische Frauenzeitung eingetroffen.

Buchhandlung Volksstimme

Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Schuhe und Stiefel

werden besohlt und repariert [900

Burgstraße 48, p. r.

Wir bitten, bei allen Einkäufen unsere Inserenten berücksichtigen zu wollen!

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 287. Halle, Mittwoch den 11. Dezember 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 11. Dezember 1918.

Gegen Gesetzlosigkeit und Willkür.

Von vielen Leuten werden jetzt die früher erlassenen Gesetze, Polizeiverordnungen usw. in der Annahme nicht mehr befolgt, daß durch die gegenwärtigen Verhältnisse diese Vorschriften außer Kraft gesetzt seien. Diese Auffassung ist irrig. Alle alten Gesetze und Verordnungen, soweit sie nicht ausdrücklich von zuständiger Stelle aufgehoben sind, bestehen noch. Es muß gerade in der jetzigen Zeit im Interesse der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit mit allem Nachdruck darauf gehalten werden, daß die Gesetze usw. beachtet werden und nicht Gesetzlosigkeit und Willkür einreißen. Die polizeilichen Sicherheitsorgane sind daher angewiesen worden, gegen alle Personen, die sich gegen bestehende Vorschriften und Gesetze vergehen, einzuschreiten und sie zur Anzeige zu bringen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.
Für den Vollzugsausschuß:
Kilian. Reiwand. Gruner. Beilicke.

Der Soldatenrat Halle geschlossen hinter der jetzigen Regierung.

In der letzten Sitzung des Soldatenrates zu Halle kam es ausnahmsweise einmal zu einer politischen Auseinandersetzung, wozu ein Antrag des Kameraden Schumacher auf Bildung einer „Roten Garde" in Halle den Anlaß bot. Kamerad Schumacher begründete seinen Antrag damit, daß die Ziele der Revolution gesichert sein müßten und daß es deshalb notwendig sei, die Soldatenmacht zur Seite zu haben, die aus organisierten Arbeitern bestände. Im Namen der Vorstandes gab aber Kamerad Beilicke die Erklärung ab, daß man hier die Sicherheitskompagnie habe, die allen Anforderungen genügen würde, zumal sie noch weiter ausgebaut werden solle. Die Ausführungen des Antragstellers, der sich in weiteren Ausführungen scharf gegen die Regierungssozialisten aussprach, die Forderungen der Unabhängigen als berechtigt sehr stark unterstrich, die Vorwürfe gegen den Bolschewismus als unberechtigt zurückwies, was ihm verschiedene Zwischenrufe, wie: „In Rußland herrscht Hunger!", „Reichshofsruhe!" einbrachte, löste eine ganze Anzahl von Gegenreden aus. So wurde von einer Seite u. a. gesagt: Wir stehen fest hinter der Regierung und verurteilen es ganz entschieden, daß sich zwei sozialistische Parteien bekämpfen. Es ist bedauerlich, daß eine solche Bewegung von der linken radikalen Seite kommt und wir werden ganz energisch dagegen Front machen. Von anderer Seite wurde erneut betont, daß der Soldatenrat seine Hauptaufgabe darin sehe, für Ruhe und Ordnung zu sorgen und das sozialistische Programm der Regierung hochzuhalten. Von dritter Seite wurde, als ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen, bemerkt, man solle einmal, nachdem aus der rein militärischen Frage sich im Laufe der Aussprache eine politische Frage entwickelt habe, eine gründliche Besprechung zulassen, damit die Bürgerschaft wisse, daß der Soldatenrat Halle für Ruhe und Ordnung sei. Nur einige Elemente agitierten für die Spartakusgruppe, fanden im Soldatenrat aber dafür keinen Boden. Auch andere Redner betonten sehr kräftig, hinter der Regierung Ebert-Haase-Scheidemann zu stellen. Der Vorsitzende bezweifelt, daß der Antrag und die Ausführungen des Kameraden Schumacher die Ansicht der Kompagnie, die ihn als Vertrauensmann in den Soldatenrat entsandt, darstellen. Wer aber hier etwas vorbringe, müsse wissen, daß er darin auch die Kompagnie hinter sich habe. Kamerad Schumacher sieht dann seinen Antrag zurück. Mit allen gegen zwei Stimmen wird aber eine Resolution angenommen, in welcher der Soldatenrat zu Halle erklärt, unwandelbar hinter dem Programm der jetzigen Regierung zu stehen und jeden Versuch, die Regierung gewaltsam zu stürzen, eventuell mit Waffengewalt niederzukämpfen. Sehr scharf wurde dann noch Kamerad Schumacher angegriffen, weil er angeblich vor einigen Tagen mit dem Redakteur Kilian nach Naumburg gereist und dort in einer Versammlung den früheren Reichstagsabgeordneten Thiele gegenübergetreten ist und bekämpft hat. Der Zwischenruf, den er dort habe anhören müssen, „Du gehörst wohl zur Spartakusgruppe!" hätten ihm gezeigt, wie man über seine Ausführungen gedacht hat. Er habe damit aber den Hallischen Soldatenrat diskretiert, weil man leicht zu dem Schlusse komme, im hiesigen Soldatenrat huldige man solchen Anschauungen. Es wäre nötig gewesen, daß Kamerad Schumacher keinen Zweifel darüber gelassen, daß er nicht die Anschauung des Soldatenrates Halle, sondern seine eigene Ansicht zum Ausdruck gebracht habe. Es wurde darauf ein Antrag angenommen, daß, wenn ein Soldatenratsmitglied in einer Versammlung redet, dieser klar zum Ausdruck bringt, daß er nicht im Auftrage des Soldatenrates spricht. — Der Soldatenrat wählte weiter in der Sitzung an Stelle Adamski den Kameraden Adler in den Vorstand, sowie in den Siebener-Ausschuß des Soldatenrats des 4. Armeekorps. Als dritter Delegierter der Garnison Halle zum Soldatenrat des 4. Armeekorps wurde Kamerad Schwarz gewählt.

---

* **Sämtliche Marineangehörigen,** die zur Zeit sich nicht in fester Stellung befinden, einschließlich der nach hier beurlaubten aktiven Jahrgänge, melden sich am Donnerstag, dem 12. Dezember 1918 vormittags im Wettiner Hof.

Die Marineabteilung der Sicherheitskompagnie Halle.
Halle a. S., den 10. Dezember 1918.
Der Soldatenrat, Militärkommission.
gez. Ferchland.

* **Warnung vor Mißbrauch!** Die Legitamationskarte Nr. 58 eines Mitgliedes des Soldatenrates Halle und eine Straßenbahnfreikarte Nr. 231 sind abhanden gekommen. Vor Mißbrauch wird gewarnt. Der Soldatenrat Halle.

* **Bestimmungen über Kraftwagen und Kraftwagenbereifung vom 28. November 1918.** 1. Die Beschlagnahme für Kraftwagenbereifung wird vorerst aufrechterhalten. 2. Die Freigabe der Kraftwagen- und Kraftradbereifung in Deutschland mit Ausnahme von Bayern findet wie bisher durch Taktoft Gruppe Bg. 2 statt. Alle Freigabeanträge sind in der bisher üblichen Form einzureichen. Es wird empfohlen, sämtliche Anträge durch die zuständigen Kriegsämter mit deren Stellungnahme einzureichen. 3. Die Ausgabe der Bereifung erfolgt zunächst wie bisher durch die G. V. K. und die Kraftfahrzeug-Ersatz-Parks, bis die Zuständigkeit der Kriegsverwertungs-Gesellschaft endgültig geregelt ist. 4. Die Freigaben haben nach folgender Dringlichkeitsliste zu erfolgen: a) für Aerzte und Tierärzte, in erster Linie mit Landpraxis sowie für Feuerwehren; b) für Behörden, Betriebe und Einzelpersonen, soweit die Volksernährung und die Durchführung der Demobilisation die Benutzung von Kraftfahrzeugen dringend erforderlich erscheinen lassen; c) für Postbetrieb, Elektrizitätswerke, Bergwerke und ähnliche dem Gemeinwohl dienende Betriebe; d) für Krafdroschken des öffentlichen Verkehrs; e) für gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe, sofern die Bereifung eines Kraftwagens zur Aufrechterhaltung des Betriebes unbedingt erforderlich ist.

* **Vorträge des Bundes** zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft. Donnerstag, den 12. Dezember, abends 8¼ Uhr, spricht im Auditorium maximum der Universität Herr Geh. Rat Prof. Dr. Kern über das alte und das neue Griechenland. Der Vortragende ist nicht nur einer unserer besten Kenner des griechischen Altertums überhaupt, er hat sich zugleich auf seinen Reisen mit offenen Augen in das Leben des heutigen Griechenlands vertieft. So wird der Vortrag eine sehr wertvolle Bereicherung unserer Kenntnis des Hellenentums bringen. — Mit diesem Vortrag schließt die erste Reihe der Bundesvorträge im Wintersemester 1918/19. Der zweite Teil wird durch Herrn Prof. Dr. Hahne Donnerstag, den 9. Januar, eröffnet. Er spricht an diesem Tage und ferner am Freitag, dem 17. Januar, über „Das neue Provinzialmuseum in Halle" (mit Lichtbildern). Am 24. Januar spricht Geh. Rat Prof. Dr. Ziehen über „Einzelsuggestion und Massensuggestion". Dann folgt am 31. Januar ein Vortrag über „Lebenswerte" von Prof. Dr. Menzer. Donnerstag, den 6. Februar, spricht Herr Prof. Dr. Frischeisen-Köhler über „Friedrich Nietzsche", Freitag, den 14. Februar, Herr Stadtarzt Dr. Strauch über „Das Alter", und Freitag, den 21. Februar, Herr Regierungsbaumeister Kallmeyer, Lektor der Universität, über „Der Gartenstadtgedanke und die Behebung der Wohnungsnot". An den nun folgenden Freitagen sprechen: Prof. Dr. Grund über „Inner: Organe und Nervenleiden in ihren Wechselbeziehungen", Direktor Sachse, Lektor deres Universität, über „Der Werdegang einer Theateraufführung". Herr Architekt G. Wolff über „Baukünstlerische Aufgaben der Zukunft", Herr Privatdozent Dr. Grote über „Veranlagung und Vererbung innerer Krankheiten", Herr Prof. Dr. Pfeifer über „Die Störungen der Hirnfunktionen durch Schußverletzungen und deren Behandlung in Sonderlazaretten" (mit Lichtbildern). — Für die Mitglieder des Bundes kosten alle 12 Vorträge 4 M. und der einzelne Vortrag 50 Pf. Nichtmitglieder bezahlen 5 M. bzw. 60 Pf. Die Vorträge finden im Auditorium maximum der Universität statt, und zwar abends 8½ Uhr. Da in dieem Saal nur eine beschränkte Anzahl von Plätzen vorhanden ist ist es ratsam, sich rechtzeitig mit Karten zu versehen.

* **Beschaffung von einheimischen Arbeitskräften für dringende Feld- und Winterarbeiten.** Der Arbeitsausschuß für Landwirtschaft beim Arbeitsnachweisverband Sachsen-Anhalt (Zentralauskunftsstelle) hat sich mit der infolge der schwierigen augenblicklichen Verhältnisse eingetretenen Verzögerung der landwirtschaftlichen Arbeiten und der dadurch notwendig werdenden vermehrten Beschaffung einheimischer Arbeitskräfte für die Landwirtschaft befaßt. In eingehender Aussprache zwischen Arbeitgebern und Arbeitern ist er zu dem Ergebnis gekommen, daß die nötigen einheimischen Arbeitskräfte beschafft werden können, wenn neben Morgenkaffee, warmes Mittag- und Abendessen, für dringende Feldarbeiten den Frauen 2.50 M., den Männern 4.50 M. Tagelohn gewährt werden. Hiervon sind die öffentlichen Arbeitsnachweise telegraphisch in Kenntnis gesetzt worden. Es darf erwartet werden, daß sich zu diesen Bedingungen nunmehr aufs schnellste Hilfskräfte für die Landwirtschaft anbieten. Meldungen von Arbeitswilligen sind an die öffentlichen Arbeitsnachweise zu richten.

* **Kurse für Kriegsteilnehmer.** An der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Halle werden nach den Weihnachtsferien und dann wieder in den Ferien zwischen dem Winter- und dem Sommer-Semester Kurse für Kriegsteilnehmer aus den Gebieten des bürgerlichen Rechts, des Strafrechts und des Staatsrechts abgehalten werden.

* **Welches ist die vornehmste politische Pflicht?** Obwohl wir in der hier berührten Frage unsere besondere Ansicht haben, geben wir die nachfolgende Zuschrift wieder: Gertrud Bäumer spricht folgende Gedanken aus: „Die Frauen, die jetzt Staatsbürgerinnen geworden sind, haben vor allem politische Pflichten, die **Pflicht des Glaubens an die Zukunft Deutschlands.** Wichtiger als die Frage: Welcher Partei schließt sich mich an? sind die Worte **Deutschland** und **Einheit des Reiches.** Wir sehen mit Scham und Schmerz, wie das besiegte Deutschland in Gefahr ist, sich selbst preiszugeben. Sehen die Rechthaberei der Abrechnungsfanatiker, die schonungslos und triumphierend die begangenen Fehler ausgraben; sehen die kraftlose Entmutigung derer, die dem Schicksal seinen Lauf lassen zu müssen glauben. Da ist die erste Forderung an die Frauen: Bleibt fest! Laßt euch nicht treiben, gebt das deutsche Schicksal nicht preis! Glaubt und arbeitet! Es gilt, einem zu Tode erschöpften Volk den Willen hochhalten. Es gilt, die Gedanken auf eine Zukunft richten, zu der wir uns durchkämpfen müssen. Nur einig hat Deutschland noch eine Zukunft. Der Glaube an diese Zukunft wächst nicht allein aus Versammlungen und politischer Aufklärung, sondern aus der Tiefe des Herzens, aus der Mitteilung von Mensch zu Mensch. Die deutschen Frauen können unser Volk durch diesen Glauben zusammenschmieden, wenn sie Kraft, Mut, Wärme und Klarheit genug haben."

* **Das Krankenpflegepersonal** hielt am 6. Dezember eine öffentliche Versammlung im Augustinerbräu ab. Sie war sehr zahlreich — von rund 150 Personen — besucht. Zunächst wies Arbeitersekretär Klecis in einem Vortrag auf die Notwendigkeit hin, daß auch die Krankenpfleger und -pflegerinnen aus der neuen Zeit ihre Lehren ziehen. Besitzen sie doch nunmehr auch die Möglichkeit freigewerkschaftlicher Organisation. Das Krankenpflegepersonal ist von der sozialen Gesetzgebung bislang sehr vernachlässigt worden; die Dienstverhältnisse seien sehr traurige. Geringe Gehälter, Arbeitszeiten bis zu 15 Stunden im Tag, schlechte Beköstigung usw. — Die sehr lebhafte Aussprache offenbarte manche Mißstände, die in der Landesheilanstalt Nietleben, in den Universitätskliniken usw. bestehen. Im Anschluß daran wurden die Forderungen formuliert, die zu erheben sind. Sie bestehen in einer achtstündigen Arbeitszeit usw.

Hierauf beschloß die Versammlung einstimmig, eine Ortsgruppe des Krankenpflegepersonals zu gründen, die der Reichssektion der Krankenpfleger usw. des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes angehört. Es wurden auch sofort die nötigen Wahlen (des Vorsitzenden, Kassierers usw.) vorgenommen. Vor Weihnachten soll noch eine weitere Versammlung stattfinden. Auskünfte erteilt und Aufnahmen bewirkt inzwischen das Arbeitersekretariat, Harz 42/44, Zimmer 6.

* **Die Hallische Fürsorgestelle für Wohnungseinrichtungen G. m. b. H.** ist auf Veranlassung der städtischen Behörden mit einem Aktienkapital von 120 000 M. begründet worden zur Beschaffung billiger und geschmackvoller Möbel für minderbemittelte Hallische Einwohner, insbesondere kriegsgetraute Ehepaare.

Die geschäftliche Leitung haben Herr Baumeister Wolff und Herr Rentner Schütze ehrenamtlich übernommen. Das Bureau befindet sich Alte Promenade 8 und eine Ausstellung der Möbel Gr. Ulrichstraße 30, die an Wochentagen vom Montag, dem 9. Dezember, an von 9 bis 3 Uhr täglich besichtigt werden kann. Anträge auf Lieferung von Möbeln werden dort entgegengenommen, mit der Lieferung selbst kann aber erst Anfang Januar begonnen werden. Die Anfertigung umfaßt hauptsächlich Küchen- und Schlafzimmermöbel, jedoch auch außerdem einige Möbel für einfache Wohnzimmer. Bei letzteren ist hauptsächlich darauf Rücksicht genommen, daß nach Beendigung des Krieges und nach Entlassung der Mannschaften voraussichtlich eine starke Frequenz unserer

---

Ende gut, alles gut.

8] Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

Bis hierher war's gut gegangen, trotz der notwendig gewordenen Aenderung, und Michel konnte sich dessen bewußt sein. Aber nun war eine neue Rede nötig, und nichts wollte ihm einfallen. Es entstand eine längere Pause. Ein besserer Beobachter als Michel hätte an dem Gesicht des Mädchens wahrnehmen können, daß sie gar wohl imstande gewesen wäre zu reden und dem Burschen aus der Not zu helfen — daß sie aber aus irgendeinem Grunde nicht wollte! Michel besann sich, und ein neuer Einfall kam. Er sagte: „Bischt allweil g'sond und wollauf?" — Diese Frage schien der Gret so kurios hinterdrein zu hinken und so sehr eine bloße Geburt der Not, daß sie mit Mühe das Lachen halten konnte. Sie nahm sich indes zusammen und erwiderte ruhig, aber nicht ohne eine gewisse schelmische Heiterkeit durchblicken zu lassen: „Dank der Nachfrog (Nachfrage)! Mir fehlt gottlob nex!" — Michel, wie uns bekannt ist, war im eigentlichen Sin weder dumm noch blind. Die Bedeutung dieses Vergnügens auf dem Gesicht der Gret blieb ihm nicht ganz verborgen; er hatte eine Ahnung, daß sie ihn eigentlich auslache, und schwieg, indem eine Wolke der Verstimmung seine Züge beschattete. Die Gret erkannte, was in ihm vorging, sie fühlte, daß sie etwas gut zu machen habe, und einen Schritt vortretend, sagte sie zugleich mit gutmütigem und schlauem Lächeln: „Host vielleicht so'st ebbes g'wöllt (gewollt)?" — Diese Frage fiel wie eine Bombe auf den guten Michel. Es war klar: er hatte sich verraten; sie wußte, wie's ihm uns Herz war, und forderte ihn heraus! Er konnte — er sollte reden — da war kein Zweifel! Aber diese Möglichkeit, reden zu können, und diese Nötigung, reden zu sollen, traf ihn mit solchen Schrecken der Ueberraschung, daß er dastand wie vom Donner gerührt und nicht ein Wort hätte vorbringen können um die ganze Welt! In der Verwirrung, die ihn überkam und ihn zu übermannen drohte, nahm er instinktmäßig seine Zuflucht zu dem einzigen Mittel, das ihm noch übrigblieb — zur Grobheit! Mit trotzigem Gesicht und wie beleidigt rief er endlich: „Was sott (sollte) i denn wölla'? I wißt net was! — Godda' Morga'!"

Und mit starken Schritetn ging er seines Weges.

Die Gret sah ihm nach und lachte — nicht laut — dafür aber, wie man zu sagen pflegt, mit dem ganzen Gesicht. Als er hinter dem Nachbarhaus verschwunden war, sagte sie zu sich selber: „Jetz so o'g'schickt hätt i mer'n doch net vorg'stellt! — I sig scho' — doh muetz i mi der Sach selber a'nemma', wann ebbes drous weara' soll!"

Michel ging nach Hause. Der Unwille, zu dem er gekommen war, er wußte selber nicht wie, verging, eine dumpfe Ruhe trat an seine Stelle. In dieser Ruhe erhielt er bald eine deutliche Anschauung von der Art seines Betragens — eine gelinde Verzweiflung fiel ihn an und brachte sein Blut aufs neue in eine schlimme Gärung. Er entlastete sein Herz in unartikulierten Lauten; dann, die Einsamkeit seines Stadeltennens aufsuchend, bildete er bestimmte Gedanken und konnte nicht umhin, ihnen Worte zu geben. „Also widder nex," rief er — „widder a Dommheit! I'sch denn net grad, als wann's verhext wär'? W'rom ka'n e denn ieb net reda', wann e vor dem Ohs (Aos) doßstand? W'rom got's mit m'r em Reng rom, als wann e g'fuaßa (betrunken) wär'? Der Deufel muetz g'macht haba'!" Er stöhnte vor Verdruß und stampfte den Boden, daß es schallte. Nach einer Weile fuhr er fort: „Host so'st ebbes g'wöllt — hot's me g'fragt. Des ist doch offa'bar, daß g'wöllt hot, i soll d's Maul aufdea'! W'rom hab' e den ieb net g'redt? Hätt' e net saga' könna': Mädle, du g'fällst mer, i will de heiricha' (heiraten) — willst me? — oder so'st ebbes! No (nachher) hätt's reda' müessa', ja oder noe, ond i wißt ieb, wie e dra' ben! Aber so stand e doh wie a'n Ochs, der mit 'm Beil oes nauskriegt hot aufs Hirn (Hirn, Stirn), und nocht mach e a G'sicht ond due an se na', als ob's m'r ebbes do' (getan) hätt'! Die wurd se 'n schöna' Begriff macha' von mir! Die hält me doch g'wißß für da' dommsta'n ond o'g'hobelsta' Mensicha'n em ganza' Ries! Ond wann's me vorhear ob g'möcht hött', iez mag's me a'wihß nemmer ond ka' me nemmer möga'! So'n Esel! I bedanket me selber, wann e a Mädle wär!"

Der gute Bursche verfank nach dieser desperaten Selbstanklage in eine dumpf-düstere Stimmung. Er war unerfahren, unschuldig, aber ein Mensch, der in seiner Art Anlage zum Reflektieren hatte. Diese Anlage begann unter den obwaltenden Umständen sich zu entwickeln und seinem Wesen einen neuen charakteristischen Zug zu verleihen. Je mehr er von sich hielt, je mehr Ansehen er bisher unter seinen Kameraden genossen, um so mehr forderte er von sich einem Mädchen gegenüber auch das rechte würdige Benehmen. Je weniger er aber imstande war, sich so zu benehmen, wie er's seiner für würdig hielt, desto mehr kapitelte er sich hinterdrein selber, stellte sich vor, wie er sich hätte benehmen sollen und können, ärgerte sich, daß er sich nicht so benommen habe usw. usw. — kurz, er wurde ein denkender Mensch. Er unterhielt sich mit sich selber, er strafte sich, er quälte sich selber. Daß das letztere nicht zu weit ging, dafür sorgte als guter Genius die Bauernnatur, die sich auch hier in natürlichen Grenzen bewegt und sich aus dem Quell der unbewußten Lebenskraft immer selber wiederhergestellt.

Für jetzt sank er gleichwohl in Abgründe der Verzagtheit. Mit der Gret wieder eine Ansprache zu versuchen, kam ihm unmöglich vor. Er hatte eine stille Wut gegen sich, eine stille Wut gegen sie — wie sollte er da reden? Und wenn er sich nötigen wollte, müßte es nicht tausendmal ungeschickter herauskommen als diesmal, wo er vergnügt war und im Grunde ganz gut angefangen hatte? — Nein — es half nichts. Einem Mädchen zu gefallen, hatte er nun einmal keine Gaben — es ging nicht — er mußte es aufgeben!

Als er so weit gekommen war, ging er in den Hof, um sich an einer Arbeit zu erholen. Hier begegnete ihm seine Mutter. Sie sah ihn an und sagte: „Was machst denn du ha'et für a G'sicht?" — „Ih, a G'sicht?" versetzte Michel. „Wie ka'n e des wissa'? Guck i ebba' en Spiegel?" — „Gang weiter," entgegnete die Schwabin, „du host ebbes! Hot d'r ebber (etwa, jemand) ebbes do'?" — „Mir?" erwiderte Michel, indem er mit einer heroischen Miene auffah — „mir ebbes do'? I wott's koem rota'!" — Er ging weiter, indem er bei sich dachte: „Du dürfst lang warta', bis e dir ebbes sag'!" — Die Mutter sah ihm kopfschüttelnd nach. „Er ist halt doch net vergnüagt," dachte sie, „und das ist natürlich! In deam Alter muß a'n ordentliches Mannsbild a Weib haba' — so'st isch nex!" — Sie ahnte nicht, wie Michel sich schon abgemüht hatte um ihre Herzenswünsche zu erfüllen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181211-12/fragment/page=0005

Universität eintreten wird, man rechnet mit dem doppelten Bestand von früher. Es werden daher wohl viel Hallische Einwohner, namentlich Kriegerwitwen, sich mit der Vermietung von Studentenwohnungen befassen und soll diesen Gelegenheit geboten werden, die dafür erforderlichen Möbel sich preiswert zu verschaffen. Sämtliche Möbel sind aus Kiefernholz hergestellt, die Küchen werden sowohl farbig gestrichen wie auch naturfarbet lackiert, die Schlafzimmer braun gebeizt geliefert.

Da das erforderliche Holz von der Heeresverwaltung zu mäßigen Preisen abgegeben wurde, ist es gelungen, trotz der heutigen hohen Arbeitslöhne die Verkaufspreise verhältnismäßig niedrig zu stellen. Eine Kücheneinrichtung, bestehen aus Schrank, Stuhl, Bank, Tisch und Gewürzhalter ist von 366 M. an und ein Schlafzimmer mit 2 Betten, Kleiderschrank, zwei Nachtschränkchen, 2 Stühlen und Waschkommode einschl. der Matratzen von 1067 M. an zu kaufen.

Die Wohnzimmermöbel umfassen einen einfachen geschmackvollen Schreibtisch, eine Kommode, ein Büchergestell, einen Ausziehtisch und eine bequeme Sitzbank. Für Wohnküchen ist eine Sitzruhe gefertigt, in welche die heute so beliebte Kochplatte eingebaut werden kann.

Die Entwürfe der Möbel sind von dem Direktor der hiesigen Kunstgewerbeschule, Herrn Arch. Thiersch angefertigt, sie sind sehr praktisch, geschmackvoll und solid. Die Anfertigung liegt in den Händen bewährter Hallischer Meister, nur die Stühle sind von den Deutschen Werkstätten in Hellerau beschafft. Die Lieferung kann gegen Barzahlung, aber auch bei genügender Sicherheit gegen monatliche Abzahlung erfolgen, in letzterem Fall ist jedoch eine Anzahlung in der Höhe von ¼ des Kaufpreises erforderlich. Der Besuch der geschmackvoll eingerichteten Ausstellung kann allen Interessenten warm empfohlen werden.

* **Feuerbestattungen im Hallischen Krematorium.** Zur Vornahme von Feuerbestattungen in Preußen ist der Nachweis, daß der Verstorbene die Einäscherung seiner Leiche angeordnet hat, beizubringen. Dieser Nachweis ist in vielen Fällen in nicht rechtsgültiger Form ausgefertigt, so daß die Einäscherung hier nicht stattfinden konnte und die Ueberführung der Leiche nach nichtpreußischen Krematorien vorgenommen werden müßte. Die Abgabe der mündlichen Willenserklärung zur Feuerbestattung kann nur vor einer zur Führung eines öffentlichen Siegels berechtigten Person erfolgen. Legitimation ist dabei vorzulegen. Zur kostenlosen Ausfertigung der diesbezüglich letztmaligen Verfügung sind hier verpflichtet: 1. Die Vorsteher sämtlicher hiesiger Polizeireviere, 2. der Leiter des Vegräbnisamtes, Gr.-Berlin 11, 3. der Inspektor des Gertraudenfriedhofes.

* **Sparkasse der Stadt Halle.** Vom 1. bis 30. November d. J. gestattete sich der Verkehr wie folgt: Bestand der Einlagen am 31. Oktober d. J. = 85 073 967.06 M. gegen 63 463 633.25 M. im Vorjahre. Einzahlungen vom 1.—30. November 3 350 467.34 M. gegen 2 711 940.15 M. im Vorjahre. Zusammen: Einlage 88 424 434.40 M. gegen 66 175 573.40 M. im Vorjahre. Rückzahlungen vom 1.—30. November 3 024 073.48 M. gegen 1 745 398.41 M. im Vorjahre. Bestand am 30. November 1918: 85 400 360.92 M. gegen 64 430 174.99 Mark im Vorjahre.

* **Zigarrenköpfesammler.** Die bereits über 41 Jahre bestehende Wohltätigkeitsvereinigung „Zigarrenköpfchen-Sammler" zu Halle a. S. hielt am 3. Dezember wieder eine Sitzung ab, um die Anmeldungen der Waisen und Halbwaisen zu prüfen, die zur Weihnachtsbescherung vorgesehen sind. Leider bleiben diesmal die Preise für Schuhzeug, Wäsche, Kleider usw. unerschwinglich hoch, was um so schwerer wiegt, als viele Kinder, namentlich solche gefallener Krieger, berücksichtigt werden sollen. Damen und Herren aller Stände werden deshalb gebeten, mitzubelfen und Zigarrenköpfchen, zerbrochene Zigarren, Zigarrenbänder, leere Zigarrenkisten, Flaschenkapseln, Flaschenkorke, Staniol sowie alte Metallteile nicht fortzuwerfen, sondern baldigst abzuliefern, damit aus dem Erlös die Aermsten davon versorgt werden können. Auch finden Geldspenden gute Verwendung. Außer der Hauptsammelstelle N. Lehmann, Leffingstr. 38, sind noch Nebensammelstellen dort vorhanden, wo entsprechende Plakate sichtbar hängen. Auch nimmt der Leiter dieser Vereinigung, Kaufmann Reinhold Aßmann, Gr. Ulrichstraße 49, Gaben aller Art dankbar entgegen.

* **Für Schuhmacher.** Um die aus dem Felde heimkehrenden Schuhmacher über die Versorgung mit Leder aufzuklären, teilt der Verband der Lederhändler mit, daß von der Kontrollstelle für freigegebenes Leder in allen Handwerkskammer-Bezirken eine entsprechende Anzahl Sperrlager eingerichtet werden, von denen die Lederhandlungen des betreffenden Bezirks das Leder erhalten sollen, welches die Kontrollstelle für die aus dem Heeresdienst entlassenen selbständigen Schuhmacher zur erstmaligen Lieferung bestimmt hat. Die betreffenden Schuhmacher haben sich zu dem Zwecke unter Angabe der von ihnen zu beschäftigenden Arbeitskräfte an diejenige Lederhandlung zu wenden, von welcher sie ihr Leder zu erhalten wünschen. Diese Lederhandlungen haben alsdann bei dem für sie zuständigen Sperrlager die Zuteilung des hierfür bestimmten Leders zu beantragen und daselbe nach Empfang an die Schuhmacher weiterzugeben. Da zur Zeit bei den betreffenden Sperrlägern noch kein Leder eingetroffen ist, so sind etwaige Versprechungen einzelner Firmen auf eine sofortige Belieferung als wertlos zu betrachten, da sie unter den obwaltenden Verhältnissen nicht ausführbar sind. Die Kontrollstelle hat im Aussicht genommen, jeden aus dem Heeresdienste entlassenen selbständigen Schuhmacher bei der erstmaligen Belieferung mit Bodenleder ungefähr 10 Kilogramm zuzuteilen. Die genauere Menge wird jedoch von der Kontrollstelle nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Bestände noch festgesetzt und bekannt gegeben werden.

* **Bewußtlos aufgefunden.** In einem hiesigen Hotel wurde eine Krankenschwester im Bett bewußtlos aufgefunden und mit dem Krankenwagen der medizinischen Klinik zugeführt.

* **Einsamer Tod.** Eine alleinstehende 73jährige Frau wurde in ihrer in der Zietenstraße befindlichen Wohnung als Leiche aufgefunden. Nach ärztlichem Befund ist sie an Herzschlag gestorben.

* **Diebereien im Soldatenquartier.** Bei in einer Schule einquartierten Truppe wurden in letzter Zeit eine Anzahl Diebstähle ausgeführt. Der Wert der gestohlenen Sachen ist ein sehr erheblicher. 6 Personen, meistens jugendliche, konnten überführt werden. Sie wurden festgenommen.

* **Einbrüche.** Auf dem Infanterieexerzierplatze an der Heide sind in letzter Zeit die auf dem sogenannten Uebungsplatze für Handfeuerwaffen stehenden Schuppen erbrochen worden. In diesen sind Gerätschaften, Ausrüstungsstücke und eine Anzahl Kisten mit Handgranaten untergebracht. Ob etwas entwendet ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Es wurde wieder eine Sicherheitswache dorthin beordert.

* **Jugendlicher Schwindler.** Am 27. November hat sich hier ein junger Mann einen zu einem Drehstrom (Freh) gehörigen Wechselstrommotor im Werte von 1200 M. erschwindelt, vermutlich um ihn hier oder an einem andern Ort zu verkaufen. Der Geschädigte hat auf die Herbeischaffung des Motors eine Belohnung von 50 M. ausgesetzt.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater. Heute, Mittwoch, abend wird Mozarts „Così fan tutte" wiederholt. Donnerstag, abends 7 Uhr „Lohengrin", Freitag „Familie Schimek", Sonnabend abend „Die versunkene Glocke". Oper von Zöllner, Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Faust I". Sonntag abend „Die weiße Dame". Das Weihnachtsmärchen „Schneewittchen" wird am Mittwoch und Sonnabend nachmittag wiederholt.

Goethes „Faust" als Volksvorstellung im Stadttheater. Die Leitung des Stadttheaters wird die Neueinübung des Goetheschen „Faust" als Volksvorstellung zu ganz kleinen Preisen bringen. Die Spielbauer des gewaltigen Werkes aber die für ein Nachmittags-Vorstellung zur Verfügung stehende Zeit bei weitem überschreitet, wird die Aufführung in zwei Abteilungen stattfinden, und zwar wird am Sonntag, dem 15. die erste Abteilung bis einschließlich Hexenküche gegeben, während am folgenden Sonntag, dem 22. Dezember als zweite Abteilung die Gretchentragödie zur Aufführung kommt. Auf Wunsch können im Vorverkauf Karten für beide Vorstellungen gleichzeitig ausgegeben werden, so daß der Besucher die Sicherheit hat, am 22. Dezember den gleichen Platz wie am 15. Dezember zu haben. Diejenigen Besucher, die bereits Karten

Genossen!
Werbt Mitglieder für die Partei!

für Sonntag, den 15. gelöst haben, können noch im Laufe dieser Woche gegen Vorzeigung dieser Karten die entsprechenden Karten zum Sonntag, den 22. einlösen.

Hallesche Kriegsverluste.

Preußische Verlustliste Nr. 1302. Infanterie-Regt. Nr. 165, 2. Maschinengewehr-Kompagnie. Seydewitz, Max, 17. 5. 97, leicht verwundet. Infanterie-Regt. 170, 3. Kompagnie. Vizefeldwebel Walther, Paul, 12. 7. 91, leicht verwundet.

Preußische Verlustliste Nr. 1303. Reserve-Infanterie-Regt. Nr. 36. Gefr. Lübe, Alexander Wilhelm Albert (Gene[illegible]-Komp. d. Erf.-Bat. 5. 1. 85), gestorben infolge Krankheit 9. 10. 18. Inf.-Regt. Nr. 45, 11. Komp. Weber, Richard, 30. 8. 89, vermißt. 12. Kompagnie. Sergeant Stohr, Paul, 9. 6. 92, vermißt. Inf.-Regt. Nr. 47, 6. Komp. Stelle, Alfred, 26. 10. 81, vermißt. Inf.-Regt. 62, 5. Komp. Vizefeldwebel Künstling, Max, 28. 9. 91, vermißt. Inf.-Regt. 64, Maschinengewehr-Komp. Opitz, Wilhelm, 6. 2. 96, leicht verwundet, bei der Truppe. Res.-Inf.-Regt. Nr. 66, 8. Komp. Vizefeldwebel Nietzsteck, Oswald, 24. 8. 94, bisher gestorben, in Gefangenschaft (K. N.) gefallen 30. 3. 18. Inf.-Regt. Nr. 71, 10. Komp. Gefreiter Walter, Gustav, 13. 2. 82, vermißt. 12. Komp. Nicolai, Otto, 24. 6. 98, vermißt. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 71, 5. Komp. Römer, Otto, 16. 4. 98, leicht verwundet. Maschinengewehr-Kompagnie. Unteroffizier Heinz, Friedrich, 5. 3. 95, vermißt. Inf.-Regt. Nr. 157, 4. Komp. Hennenberg, Karl, 20. 8. 90, vermißt. Inf.-Regt. Nr. 393, 1. Maschinengewehr-Kompagnie. Schulze, Otto, 9. 9. 96, vermißt. 1. Nachrichtenzug. Röder, Otto, 10 4. 97, leicht verwundet. Landwehr-Inf.-Regt. Nr. 435, 10. Komp. Gefreiter Angermann, Otto, 21. 7. 95, schwer verwundet.

Preußische Verlustliste Nr. 1304. Reserve-Fußartillerie-Regt Nr. 4, 8. Batt. Hoffmann, Richard, 3. 10. 89, gefallen. Schütze, Kurt, 19. 8. 99, gefallen. Pionier-Bataillon Nr. 24, 1. Komp. Leutnant Rothe, Albrecht, 5. 11. 94, schwer verwundet. Pionier-Bataillon Nr. 24, 2. Komp. Förster, Alfred, 22. 2. 99, vermißt. Leichte Munitionskolonne Nr. 1088. Offizier-Stellvertreter Kretschmann, Rudolf, 20. 12. 85, leicht verwundet, bei der Truppe.

Aus der Provinz.

Gegen eigenmächtige Eingriffe.

Es kommt noch fortgesetzt vor, daß örtliche Arbeiter- und Soldatenräte in den Forstbetrieb eigenmächtig eingreifen, die geregelte Jagdausübung der Forstbeamten und anderer Jagdberechtigten unterbinden, ja selbst Treibjagden unter Hinzuziehung zur Jagd unberechtigter Personen veranstalten.

Dieses Vorgehen verstößt gegen die Verordnungen, die die Reichs- und Staatsregierung und der Volkszugrad des Arbeiter- und Soldatenrats erlassen haben. Im Interesse der Volksernährung und zur Vermeidung von Wildschäden ist bereits angeordnet worden, daß alle Forstbehörden für einen verstärkten Abschuß des Wildes in geregelter Jagdsorge tragen. Glauben örtliche Arbeiter- und Soldatenräte feststellen zu können, daß dieser Anordnung von örtlichen Forstbehörden und sonstigen Jagdberechtigten nicht hinreichend entsprochen wird, dann müssen sie sich an die Regierungsbehörden ihres Bezirks oder an die Zentralbehörden wegen Abhilfe wenden.

Eigenmächtiges Eingreifen in die Befugnisse der Forstbehörden und in die Rechte der Jagdberechtigten muß unterbleiben.

Alle Jagdberechtigten weisen wir erneut darauf hin, daß die Sicherstellung unserer Volksernährung den erheblich stärkeren Abschuß des Wildes dringend geboten erscheinen läßt.

gez. Braun. gez. Hofer.

Merseburg. Kreiskonferenz der Arbeiterräte. Sonntag, 8. Dezember, fand in Merseburg eine von 22 Orten aus dem Kreise beschickte Kreiskonferenz der Arbeiterräte des Kreises Merseburg statt. Nachdem die Genossen Thieme-Merseburg, Fiedler-Schkeuditz, mit gleichen Rechten als Vorsitzende gewählt und Sterzel-Bennsdorf als Schriftführer, wurde in die Tagesordnung eingetreten, zwecks Gründung einer Kreisorganisation. Nach einleitenden Worten des Genossen Langer-Merseburg entspann sich eine lebhafte, aber sachliche und ohne Parteistreitigkeit geführte Debatte, aus der es sich ergab, wie notwendig die Gründung der Kreisorganisation ist. Zum Schluß wurde einstimmig die Gründung mit dem Sitze Merseburg beschlossen. Aus den 18 Amtsbezirken und den 4 Städten sollen je 1 Delegierter gewählt werden. Zum Vollzugsausschuß wurden einstimmig die Genossen Langer, Krüger, Thieme-Merseburg, Fiedler-Schkeuditz und Sterzel-Bennsdorf gewählt. Im zweiten Punkte wurden verschiedene geschäftliche Angelegenheiten erledigt, und um 6 Uhr die von gutem Geiste getragene Konferenz geschlossen. Möge es an allen Orten möglich sein, unter diesem Gesichtspunkt zu arbeiten, denn nur so ist es möglich, daß uns die Früchte der Revolution nicht wieder können entrissen werden. Denn wir haben jetzt alle, ganz gleich wo es ist, andere Ziele zu verfolgen als uns in gegenseitigen Parteistreitigkeiten aufzureiben. Die Sonntagskonferenz muß vorbildlich wirken, daß die Einigung aus der großen Masse der Arbeiter von unten aus kommen muß, unbeschadet um einige Querulanten.

Merseburg. Im benachbarten Wallendorf fand am Sonntag nachmittag eine öffentliche Volksversammlung statt. Arbeitersekretär Kleeis aus Halle sprach über „Das neue Deutschland". Er schilderte Ursachen und Verlauf der Revolution, um dann des nähern auf die bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung einzugehen. Unentschlossene Wahlberechtigte müßten aufgeklärt werden. Ueberhaupt sei noch eine kräftige Werbearbeit zu entfalten. Schließlich besprach Redner noch die Forderungen, die wir an den neuen Volksstaat stellen müssen. Sie sind schon im „Erfurter Programm" festgelegt. In der Aussprache forderte Genosse Bauer-Merseburg zum Eintritt in die sozialdemokratische Partei auf. Dem wurde auch vielfach Folge geleistet. Die Veranstaltung zeigte, daß es auch in Wallendorf und den umliegenden Dörfern, in denen leider unsere Bewegung noch recht wenig Fuß gefaßt hatte, vorwärts geht. Auch der Herr Pfarrer der Ortschaften hatte sich eingefunden.

Merseburg. Die Bettwäsche. In einem hiesigen Gasthause wurde von einem Gaste, der nachts eintraf, die gesamte Bettwäsche seines Zimmers gestohlen.

Weißenfels. Treibjagd. Eine in der Flur Döbris-Bornitz brachte 113 Hasen für Döbris und 50 in Flur Bornitz. Nach Feststellung der Beute stellte der Beigeordnete des Weißenfelser Soldatenrats fest, daß die Angaben nicht dem Ergebnis entsprachen. Infolgedessen wurde eine Durchsuchung der Jagdwagen angeordnet. 18 Stück Hasen wurden aus den Kutschwagen und Ruckäcken an das Tagesticht gezogen. Aus dem Wagen Justizrats Wolf wurden allein 5 Stück befördert.

Naumburg. Fleischverteilung. Vom Montag, dem 9. Dezember, an wird das Pferdefleisch nur noch auf Reichsfleischkarte abgegeben. Die Fleischmenge, die auf ein Zehntel-Abschnitt der Fleischkarte abgegeben werden darf, wird bis auf weiteres auf 50 Gramm mit Knochen festgelegt. Die Verbraucher können wählen, ob sie auf ihre Reichsfleischkarten wie bisher Wurst und Rindfleisch beziehen oder Pferdefleisch kaufen wollen. Wurst und Rindfleisch muß, wie bisher, gegen Abgabe der Fleischmarken vorher bestellt werden, während Pferdefleisch direkt in der Pferdefleischverkaufsstelle gegen Abgabe der Marken bezogen werden kann. Es steht auch nichts entgegen, wenn Haushaltungen mit mehreren Köpfen auf einen Teil der Fleischmarken Wurst und Rindfleisch bestellen, auf den andern Teil Pferdefleisch beziehen. — Pferdefleischverkaufsstellen sind eingerichtet in den Geschäftsstellen von H. Feicke, Kl. Wenzelstr. 5, O. Möbius, Michaelisstr. 95, Richter, Weißenfelser Str. 18, Martha Z.-I. Moritzstraße 43. In diesen Geschäften wird von Montag, dem 9. Dezember, an Pferdefleisch nur auf Reichsfleischmarken abgegeben. Auf einer Wochenabschnitt der Fleischkarte dürfen 500 Gramm mit Knochen, auf ein Zehntel Anteil 50 Gramm mit Knochen abgegeben werden. Eine Abgabe ohne Marken ist verboten.

Eckartsberga. Viehdiebstähle. Hier haben es Diebe auf lebendes Vieh abgesehen. Erst wurden einem Schuhmachermeister einige Kaninchen und Hühner aus dem Stalle gestohlen, dann einem Maschinisten vier Enten und jetzt der Frau Mühlenbesitzer Gotys vier Gänse, 4 Enten und 7 Hühner.

Frankenhausen. Freche Dieberei. In einer der letzten Nächte wurde in unserem Amtsbezirk Ichstedt ein dreister Diebstahl verübt. Unter dem Schutze der Dunkelheit drangen Diebe in das Gehöft der Witwe Auguste Büchner ein, schlachteten im Kuhstalle eine Ziege und eine Zuchtgans ab, ließen die Eingeweide liegen und nahmen die geschlachteten Tiere mit sich fort. Da der Hofhund bereits im Herbst vergiftet und ein neuer noch nicht angeschafft wurde, so hatten die Spitzbuben leichte Arbeit. — In unserm Amtsbezirk Seega wurden in letzter Zeit 14 der Domäne gehörige Enten und Korn gestohlen. Den Tätern ist man auf der Spur.

Wittenberg. Erwischte Spitzbuben. Vor etwa 14 Tagen wurde bei dem Fuhrherrn und Landwirt Schröder in Zahna ein Einbruchsdiebstahl verübt, wobei dem Diebe außer einem größeren Posten Bargeld 2500 Mark in die Hände fiel. Jetzt ist es der hiesigen Polizei gelungen, den Dieb in der Person des Arbeiters Paul Launer zu ermitteln und festnehmen zu können. — Weiter wurde gestern der Schlosser Edsner aus Breslau festgenommen, da er dringend verdächtig ist, in Luckenwalde einen größeren Einbruchsdiebstahl verübt zu haben. Beide wurden heute dem Gerichtsgefängnis zugeführt. — Bei einer Durchsuchung in der Kurfürstenstraße 24 wurden gestern bei der Arbeiterin Hilde Brandt aus Kranschütz bei Weißenfels eine größere Menge Kleidungsstücke gefunden, die sie ihren Mitarbeiterinnen in den Sprengstoffwerken gestohlen hat.

Wittenberg. Hühnerdiebstahl. Da sie das Türschloß nicht zu zertrümmern vermochten, haben gestern nacht Diebe in dem Grundstück Neustraße 10a ein Loch durch die Wand geschlagen, sind durch dieses eingestiegen und haben sechs, dem Kostellan des Melanchthon-Gymnasiums, Herrn Meinert, gehörige Hühner gestohlen.

— Einbruchsdiebstahl. In vergangener Nacht haben sich Diebe, die offensichtlich sehr genau Bescheid gewußt haben müssen, mittelst Nachschlüssels von der Mittelstraße aus in dem Laden des Bandagisten Otto Eule, Pannicke Nachfolger, Collegienstraße 20, eingeschlichen. Nachdem sie in dem Hausflur waren, verfuchten sie von hier aus die Ladentür herauszustemmen, was ihnen aber, da diese von innen mit Eisen beschlagen ist, nicht gelang. Jetzt gingen sie durch den Keller und gelangten von dort aus in den Laden, wo sie gründlich aufräumten, und Handschuhe, Portemonnaies und Lederteile von künstlichen Gliedern im Werte von 6—7000 M. stahlen. Bisher fehlt von den Dieben noch jede Spur.

Wittenberg. Verbotene Früchte. Durch Patrouillen des Arbeiter- und Soldatenrats wurden vergangene Woche 5 Mädchen in ihren Kleinwittenberger Wohnungen beim Verkehr mit Kriegsgefangenen des hiesigen Lagers — zum Teil auf frischer Tat — überrascht. Mit Rücksicht auf ihre Jugend wurden sie vom Arbeiter- und Soldatenrat mit einem ernsten Verweise entlassen. Trotz inzwischen erfolgter öffentlicher Warnung wurden kürzlich wieder zwei französische Kriegsgefangene mit zwei Mädchen in deren Wohnung, Mittelstraße 20, durch eine Militärpatrouille betroffen. Die Gefangenen wurden dem Lager, die Mädchen der Polizei überwiesen.

— Gänsediebe. Eine in dem abgeschlossenen Hofe des Grundstücks Cosmiger Straße 6 zum Abfüttern aufgehängt gewesene ausgeschlachtete Gans wurde in der vergangenen Nacht gestohlen. Sehr bald aber gelang es, als den Dieb den Sattlerlehrling Erich Eckert zu ermitteln und konnte ihm der Raub wieder abgenommen werden.

— Unehrliche Kollegin. Der Dessaur Straße 97 wohnenden Arbeiterin Auguste Kersten wurden, während sie sich auf Arbeit befand, am Dienstag nachmittag aus ihrem verschlossen gewesenen Reisekorb, Wäsche- und Kleidungsstücke im Werte von 110 Mark gestohlen. Als Diebin wurde ihre Wohnungsmitinhaberin Emma Weber ermittelt und festgenommen.

Annaburg. In einer starkbesuchten Volksversammlung sprach hier am Sonntag Genosse Drescher-Halle über „Die Ziele der Revolution". Den Verlauf des Krieges und die Revolution in ihren Ergebnissen und Wirkungen erläuternd, kam Redner zu dem Schluß, daß die nächste Aufgabe die baldige Herbeiführung des Friedens sein müsse. Ohne Frieden sei nicht daran zu denken, daß sich die Ernährungsverhältnisse bessern könnten und daß die Schaffung ausreichender Arbeitsgelegenheit möglich wäre. Um beides müsse aber jeder ernste Politiker in allererster Linie besorgt sein. Die Lage Deutschlands sei nicht hoffnungslos, aber ungemein kritisch. Wesentlich sei die baldige Einberufung der Nationalversammlung, weil sie einmal die Vorbedingung des Friedens wäre, wovon alle übrigen andern Fragen abhängig seien. Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme:

„Die Sonntag, 8. Dezember, in Annaburg tagende Volksversammlung stimmt dem Vortragenden Drescher zu. Sie hält die baldige Einberufung der Nationalversammlung für notwendig, um rasch zum Frieden zu kommen. Von der gegenwärtigen Reichsregierung wird erwartet, daß sie allen freiheitsfeindlichen Umtrieben ebenso energisch entgegentritt wie unklugen Gewaltakten. Nur eine besonnene feste Regierung bietet Sicherheit für Erhaltung der errungenen Freiheiten. Die Erfüllung der gewaltigen Aufgaben, die dem deutschen Volke durch den Krieg und die Revolution erwachsen sind, ist nur möglich, wenn weitestgehende Volksrechte und eine vernunftgemäße Sozialisierung der Volkswirtschaft einheitlich zusammenwirken."

Sangerhausen. Gänsediebe. In der Nacht vom 4. zum 5. Dezember sind dem Postschaffner Siebert, Spangenbergstraße, 3 Gänse entwendet. Die Diebe sind ermittelt, es sind die Brüder Karl und Erich Helbig hier, Sackgasse 1, wohnhaft. Als Hehlerin kommt die Ehefrau des Arbeiters Karl Helbig, Wanda geb. Krause, in Frage. Eine Gans ist den Dieben abgenommen und den Bestohlenen zurückgegeben. Strafverfahren ist eingeleitet.

Wallhausen. Selbstmord auf dem Friedhof. Der ehemalige Maschinenheizer Hermann Hüster, in der hiesigen Steingutfabrik beschäftigt, war des Diebstahls angeklagt und sollte am Donnerstag vor dem Sangerhäuser Schöffengericht und am nächsten Mittwoch vor dem Nordhäuser Landgericht sich deshalb verantworten. Am Donnerstag morgen wurde er auf dem hiesigen Friedhofe am Grabe seiner Mutter erhängt aufgefunden.

Stolberg. Bahndau. Nach einer an Geh. Reg.-Rat Bode hier her gelangten authentischen Nachricht wird der Bahndau der Strecke Rottleberode—Stolberg in nächster Zeit in Angriff genommen. Wir begrüßen die Nachricht mit großer Freude und bedauern nur, daß ihre Durchaucht, die Fürstin-Mutter, der wir nebst ihrem treuen Berater, Geh.-Rat Bode, in erster Linie verdanken, das Projekt genehmigt und die Mittel bewilligt wurden, nicht mehr erleben konnte, daß ihre rastlosen persönlichen Bemühungen nun doch endlich von Erfolg gekrönt werden. Daß der Bau gerade jetzt, wo Arbeitslosigkeit herrscht und im Winter Verdienstmöglichkeiten gering sind, begonnen werden soll, ist für unsere Stadt von besonderer Wichtigkeit. Die Aussicht, aus der Schwierigkeit der jetzigen Verkehrsverhältnisse endlich herauszukommen ist ein heller Lichtblick in trauriger Zeit.

Stolzhain. Fette Beute. Hier wurden einem Landwirte ein drei Zentner schweres Schwein, drei Gänse und dreizehn Enten gestohlen. Die Spur der Diebe führt nach Eisenberg.

Jehnitz. Fahrraddiebstahl. Aus dem Hausflur des Photographen Schumpelt ist am Sonnabend gegen Abend ein noch gut erhaltenes Fahrrad, Marke Wanderer, gestohlen worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181211-12/fragment/page=0006